

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

10. Sitzung vom 15. Dezember 2011

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	Abg Mag Ines Anger-Koch	S. 8
		Abg Birgit Hebein	S. 9
2. 05008-2010/0001-MDLTG: Gemäß § 120 (4) WStV Einberufung des Wiener Landta- ges durch Präsident Prof Harry Kopietz mit dem Thema "Missbrauchsskandale in Wiener Heimen – agieren statt reagieren"		Abg Dr Wolfgang Aigner	S. 12
		Abg Heinz Vettermann	S. 13
		Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 16
		Abg Senol Akkilic	S. 17
		Abg Dominik Nepp	S. 18
		Abg Barbara Novak	S. 20
3. 05008-2010/0001-MDLTG: Verlangen des Klubs der Wiener Freiheitlichen zum The- ma "Missbrauchsskandale in Wiener Heimen – agieren statt reagieren" Begründung durch Abg Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 3	Abg Mag Dietbert Kowarik	S. 22
		Abg David Ellensohn	S. 23
		Abstimmung	S. 24

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen Guten Morgen, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich begrüße Sie zur 10. Sitzung des Wiener Landtages, die damit gleichzeitig eröffnet ist.

Vor Eingang in die Tagesordnung darf ich Sie noch einladen, das Präsent entgegenzunehmen, das für Sicherheit sorgen soll, wie es schon Tradition ist am Jahresende. Ich hoffe, Sie werden es nie im Notfall benötigen, aber wenn, dann ist es sicherlich eine Möglichkeit, zumindest Licht in manche Sache zu bringen. Außerdem kann man das Handy damit aufladen, das ist auch nicht so schlecht. Es soll letztendlich dazu beitragen, darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig die Vorsorge auch im privaten Bereich ist.

Ich habe schon im Klub erwähnt, dass es natürlich auch die Herausforderung geben wird, den Schalter nicht nach hinten zu drücken und die Sirene einzuschalten. Das wird eine Herausforderung sein, aber es macht sich dann bemerkbar, welche Abgeordnete oder welcher Abgeordneter es nicht so handhabt, wie man es machen soll. Bei dieser Gelegenheit darf ich gleich einladen, den Handyton nach der Sitzung mit Verlässlichkeit wieder einzuschalten.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Frau Abg Dr Laschan, Abg Dipl-Ing Stiftner, Abg Prof Dr Vitouch, Abg Mag Dr Wansch, Abg Mag Werner-Lobo, Abg Hursky bis 11 Uhr und Abg Mag Neuhuber ab 11 Uhr.

Von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Landtages zum Thema „Missbrauchsskandal in Wiener Heimen – agieren statt reagieren“ eingebracht. Ich habe in Entsprechung des § 120 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung in Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien zu dieser heutigen Sitzung eingeladen.

Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Landtages auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden. Der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und dringlicher Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben.

Wir kommen nun zu der Besprechung des Verlangens. Zur Begründung und als Erstredner hat sich Herr Abg Mag Gudenus zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass seine Gesamtredzeit 40 Minuten beträgt. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, zum Rednerpult zu kommen.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf gleich anfangs das vorausschicken, was ich schon in der Aktuellen Stunde im Oktober gesagt habe. Es geht nicht darum, politisches Kleingeld zu wechseln. (*Ironische Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*) Ja, der Vorwurf wird kommen, wir kennen das. Und Sie können noch so sehr lachen, das Thema ist traurig genug, und es ist schade, wenn man darüber lacht, lieber Herr Kollege. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es geht nicht darum, aber wissen Sie, was das sein wird? Es ist kein politisches Kleingeld, es ist ganz, ganz

großes politisches Geld. Das werde ich heute noch offenlegen, und es ist wirklich schade, dass man immer mit diesem Vorwurf konfrontiert ist, politisches Kleingeld daraus schlagen zu wollen. Das alles wird total tabuisiert. Man darf nicht darüber sprechen, dass vielleicht politische Verflechtungen dahinterstehen, man darf die Netzwerke nicht offenlegen, man darf die Täter nicht nennen. Wir sagen, die Täter müssen vor den Vorhang, hier und jetzt und heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, und auch die Netzwerke dahinter. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Je weiter man forscht und investigiert, je mehr Abgründe tun sich auf, wirkliche Abgründe. Seit Jahrzehnten wird hier im roten Wien vertuscht. Seit Jahrzehnten! Und genau das wollen wir heute hier mit Ihnen besprechen, und es wird nicht das letzte Mal sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es klagen hunderte, wenn nicht tausende zerstörte Kinderseelen an. Wir haben sehr viele Opfer zu Gesprächen eingeladen. Ich habe hier das Werk eines Opfers. Die Frau ist 36 Jahre alt und hat zu Papier gebracht, was sie erlebt hat. Es nennt sich „Die lange Nacht des Missbrauchs in Wien“, und ich darf hier einige Auszüge daraus vorlesen: „Ich kann aus meiner eigenen Geschichte nur erzählen, und mögest du selbst ein Urteil fällen. Es ist mir bewusst, dass du meinen mögest, das alles kann nicht stimmen, doch ich habe keinen Grund, etwas zu erfinden, und es ist schwer, sich immer wieder rechtfertigen zu müssen. Doch mit diesen Zeilen offenbare ich alles, was mir einfällt, weil ich nicht mehr zusehen kann und will, dass Missbrauch und dessen Folgen die Opfer und Überlebenden und Unbeteiligte bestraft, während Täter ungehindert ihr Dasein fristen dürfen.“

Ich weigere mich zu akzeptieren, dass Menschen, egal in welcher Position sie sind, gegen das Gesetz verstoßen dürfen, ohne belangt zu werden, während andere willkürlich verfolgt werden, die das aufdecken.

Es wird Zeit, dass die Welt weiß, wie es wirklich läuft, und das kann nur gehen, wenn wir gemeinsam aufdecken, nicht nur in kleinen Grüppchen und in ein paar Fällen, sondern geschlossen zusammen aufmerksam darauf machen. Ich bewundere den Mut der Menschen, die das schon gewagt haben und auch den Preis dafür gezahlt haben.

Dazu gehört auch, dass der Staat die volle Verantwortung übernimmt, wo all das schiefeht und nicht dann mit Almosen abspeist oder danach trachtet, dass dieses Fehlverhalten nie jemand erfährt.

Ich bin nur eine von wenigen, die dieses System erleben müssen, und ich bin bereit, mit meinen Gedanken nach außen zu gehen, mit der Hoffnung, dass sich etwas ändern muss: für unsere Kinder, deren Kindeskindern und deren Zukunft.“

Das war eine Aussage eines von vielen Opfern, von vielen, vielen Opfern, die betroffen sind, eines der vielen Opfer, die auch zu uns gekommen sind. Das ist, was ein Opfer spricht, ein Opfer, das für alle spricht, und es spricht wirklich Bände. Es klagen die Opfer die Täter und Vertuscher in den letzten Jahrzehnten im roten Wien an, und sie klagen heute die Vertuscher des rot-grünen Wiens an, denn die Vertuscher sitzen heute hier in die-

sen Reihen, weil Sie eine Aufklärung nicht zulassen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Herr Abg Gudenus, ich ersuche, kurz innezuhalten. Ich denke, dass dieses Thema, das wir heute behandeln, in der Tat ein schreckliches, ein tiefgehendes und ein wichtiges Thema ist.

Wenn Sie aber der Meinung sind, dass Vertuscher in den Reihen der Abgeordneten in diesem Haus sitzen, dann bitte ich Sie, das entsprechend den Organen der Behörden bekannt zu geben, denn das ist eigentlich eine Unterstellung, deren gerichtliche Strafbarkeit untersucht werden müsste, und wenn ... *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist eine politische Debatte, Herr Präsident! Die werden Sie nicht unterbinden!)* Herr Abg Jung, jetzt bin ich am Wort, und ich bitte Sie, mir kurz zuzuhören. *(Neuerlicher Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.)* Herr Abg Jung, ich ersuche Sie, mir zuzuhören.

Was ich nicht zulassen möchte, ist, dass wir gerade dieses Thema – wir werden dann Schüler auf der Galerie begrüßen – in dieser Diktion behandeln. Ich bin absolut dafür, dass hier jede Aufklärung stattfindet. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Wann beginnt die Untersuchungskommission?)* Ich bin froh, dass die Behörden und der Staat das in die Hand genommen haben. *(StR DDR Eduard Schock: Sie wollen eine Untersuchung nicht zulassen! So schaut es aus!)* Sie können noch so schreien, Herr Abgeordneter, Sie werden mich von meiner Meinung nicht abbringen. *(StR DDR Eduard Schock: Sie sind der Obervertuscher! Aber heute findet eine politische Debatte zur Aufklärung statt, und die werden Sie nicht verhindern, Herr Präsident!)* Ich bitte Sie, dieses Thema sehr, sehr intensiv, aber auch sehr seriös zu behandeln.

Bitte, Herr Abg Gudenus.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Danke, Herr Präsident!

Ich habe schon ein paar Jährchen Jus studiert, kann mich aber nicht erinnern, dass Vertuschung einen Tatbestand erfüllt. Das ist mir nicht bekannt. *(Beifall bei der FPÖ.)* Es ist schon ein paar Jahre her, aber soweit kann ich mich schon noch erinnern.

Herr Präsident, ich respektiere Sie, aber gestatten Sie mir trotzdem die Aussage: Was hier stattfindet, ist politische Sprachkontrolle! Und das lassen wir uns nicht bieten, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ja unglaublich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Viele Kinder, die in diesen Heimen des roten Wiens untergebracht waren, die dort teilweise auch verklavt wurden, die missbraucht wurden, sind an den Demütigungen, an den Misshandlungen und an den Serienvergewaltigungen teilweise regelrecht zerbrochen. Manche wurden später alkoholabhängig, drogensüchtig, sie sind auf die schiefe Bahn geraten, sie sind kriminell geworden – viele Geschichten sind uns da bekannt –, einige haben sich aus Verzweiflung sogar umgebracht.

Das alles muss ja auch den Behörden hier in Wien, im roten Wien bekannt sein. Das ist wahrscheinlich auch genau der Grund, warum nie untersucht wurde, was später aus den Kindern geworden ist. Das wäre auch

einmal eine interessante Aufgabe einer Kommission oder einer Studie: Was ist aus all den Heimkindern geworden? Haben sie eine berufliche Laufbahn eingeschlagen? Wie war ihr Bildungsweg? Sind sie kriminell geworden? Wie auch immer. Man kann nicht pauschalisieren, es wäre nur interessant, weil wir aus den Gesprächen und aus den Mitteilungen der Opfer wissen, dass eben sehr, sehr viele später große Probleme hatten und haben, nämlich Kinder, die aus diesen Kinderheimen hier in Wien – natürlich nicht nur in Wien, aber wir reden heute von Wien – herausgekommen sind.

Es wäre interessant, so eine Studie anzufertigen, was aus den Kindern geworden ist. Das wäre einmal ein ehrlicher Zugang, aber es besteht ja hier überhaupt kein Interesse an Aufarbeitung. Das wäre vielleicht auch ein Auftrag an die Historikerkommission, dass sie sich genau mit diesen Fällen beschäftigt: Was ist aus diesen Menschen später geworden?

Und, ja, die Misshandlungen und der Missbrauch in den Kinderheimen des roten Wiens, sie hatten System. Das waren keine Einzelfälle, keine Kollateralschäden eines an sich funktionierenden Systems. Da haben sich Sadisten und Perverse und auch Menschen, die ganz primitiv Macht ausüben wollten, an jüngeren Menschen vergangen. Sie haben sich gezielt an den wehrlosesten Mitgliedern unserer Gesellschaft vergriffen. Das Heim Wilhelminenberg ist kein Einzelfall, wie Sie uns weismachen wollen, die hunderten Opfer sind kein bedauerlicher Kollateralschaden, es gab und es gibt – und vielleicht, wenn wir nicht handeln, wird es das auch künftig geben – ein dichtes Netzwerk von Tätern und Vertuschern. Und dieses Netzwerk, meine sehr geehrten Damen und Herren, das gehört offengelegt und zerschlagen. Dafür kämpfen wir, und ich hoffe, Sie kämpfen mit, meine lieben Freunde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist ja eindeutig: Um solch ein Terrornetzwerk jahrzehntelang aufrechtzuerhalten, müssen darin sehr mächtige Personen verwickelt gewesen sein und noch immer dabei sein, das zu vertuschen und unter die Decke zu kehren, Personen, die in der Lage sind, diese abscheulichen Verbrechen zuzudecken, Personen aus Politik und Justiz.

Da gilt es vielleicht auch, die Rolle so mancher BSA-Mitglieder zu untersuchen. Und das ist auch kein politisches Kleingeld, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn je mehr und je näher und intensiver man sich mit der Sache befasst, man stößt eigenartigerweise immer auf Mitglieder des BSA, rote Parteigänger. Da gab es – das hat der „Kurier“ am 4. September des heurigen Jahres geschrieben – ein Treffen beim Herrn Anwalt Lansky im Jahre 1997. Da hat sich die Crème de la Crème der sozialdemokratischen Juristen getroffen, darunter der SPÖ-Justizsprecher Jarolim und die Staatsanwältin Luise Nittel, also eine illustre Runde, die sich „Arbeitskreis Justiz“ genannt hat. Besonders brisant in diesem Arbeitskreis war das Thema Personalpolitik in der Justiz. Das ist alles auch schriftlich im Protokoll festgehalten. Da steht: „Zu überlegen ist, wie sich die Partei noch mehr als bisher einbringen kann. Diskutiert wird eine Reform des Richterdienstgesetzes. Der Ansatz-

punkt wären die Rechtspraktikanten. Hier wäre ein vernünftigeres Auswahlverfahren zu treffen und auch junge Genossinnen und Genossen zu ermutigen, in den Richterdienst zu gehen."

Der „Kurier“ schreibt: „Genossinnen und Genossen also, Parteifreunde, die in Stellung gebracht werden sollen in der parteiunabhängigen Justiz. Wollten die Experten bei diesem diskreten Tete-à-tete im Hochsommer 1997 der Justiz ihren Stempel aufdrücken?"

Der „Kurier“ weiter: „Die Ausführungen, die im Protokoll penibel festgehalten wurden, lassen keinen anderen Schluss zu. Die Einfärbung kann aus heutiger Sicht als durchaus gelungen erachtet werden."

Also man sieht eben, dass in der Staatsanwaltschaft Wien, im Justizapparat insgesamt, auffallend viele, überdurchschnittlich viele Mitglieder des Bundes Sozialistischer Akademiker vorhanden sind, wie zum Beispiel der Herr Werner Pleischl, der Herr Thomas Mühlbacher, die Frau Nittel und so weiter und so fort.

All das ist kein politisches Kleingeld, das sind einmal Fakten, die interessant sind, denn anscheinend hat in den späten 90er Jahren, aber auch im vergangenen Jahrzehnt gezielt eine Unterwanderung der Justiz in Wien stattgefunden, und das lässt auch irgendwie schon den Schluss zu: Wenn man so etwas in der Hand hat, was wurde hier vertuscht und was wurde hier nicht offengelegt und welchen Vorwürfen wurden nicht nachgegangen? – Hier muss Licht ins Dunkel kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da gibt es ja auch nette Zitate eines verurteilten Kinderschänders, der gesagt hat: „Auf eine Staatsanwältin in Wien ist Verlass. Sie schützt uns, solange sie im Amt ist, und die anderen Staatsanwälte müssen spüren.“ – Das alles ist auch aktenkundig und kann jederzeit gerne vorgelegt werden.

Oder dass ein Bundespräsident ein glühender Fan des Kinderschänders Otto Mühl ist und gegen den entschiedenen Wunsch der Opfer noch am 20. Mai des heurigen Jahres eine Ausstellung mit den Werken Otto Mühls in Moskau eröffnet hat, das ist auch irgendwie eigenartig.

Das sind ja nur wenige Beispiele, wenige Indizien, wenige Punkte eines Netzwerkes. Es ist schon irgendwie ein seltsames Biotop, meine sehr geehrten Damen und Herren, das hier anscheinend ungehindert dahinvegetiert und weiterwuchern kann. Und diese Sümpfe gehören trockengelegt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen Aufklärung, wir wollen dieses Netzwerk trockenlegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieser gesamte Dunstkreis, das ist nichts anderes als ein rotes Netzwerk. Die Bediensteten in den Heimen, sie waren wirklich ausgewählte Erzieherinnen und Erzieher bis hinauf zum Euthanasiearzt Gross, der noch nach Ende des Zweiten Weltkrieges und nach Ende des Nazi-Regimes weiter fuhrwerken durfte. Die HeimleiterInnen, allesamt SPÖ-Parteisoldaten. Es waren auch sozialistische Stadträte, wie Gertrude Fröhlich-Sandner, am Werk, und die Aufsicht der MA 11 war vor einigen Jahrzehnten und ist natürlich noch immer rot eingefärbt. Das

ist bis heute so.

Das ist ja auch genau der Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum Sie keine Aufklärung zulassen. Das könnte natürlich einen Schaden für die Partei bedeuten, und das wollen Sie nicht, denn die Partei hat natürlich immer recht. Aber es kann nicht sein, dass hier, nur weil es um die Partei geht, vertuscht wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das werden wir nicht zulassen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist schon interessant, dass der Herr StR Oxonitsch die jahrzehntelang herrschenden Methoden in den Kinderheimen als Nazi-Methoden bezeichnet hat. Das haben Sie in einem Interview im „Morgenjournal“ auf Ö1 am 19. Oktober gesagt. Sie haben gesagt, dass in den städtischen Heimen die Erziehungstradition des Dritten Reichs fortgesetzt worden wäre. Das ist sehr interessant. Hört! Hört! Erziehungsmethoden des Dritten Reichs in den 70er und 80er Jahren, 30 bis 40 Jahre nach Ende des schrecklichen Nazi-Regimes. Das ist laut StR Oxonitsch anscheinend alles möglich gewesen im roten Wien. Wirklich interessant.

Wenn Sie das sagen, wenn Sie das behaupten, sehr geehrter Herr Stadtrat, dann muss ich Ihnen schon sagen, dass die Täter und Vertuscher anscheinend allesamt Parteigänger der SPÖ waren und hier ein Nazi-Regime fortgesetzt wurde 30 bis 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Wie ist so etwas möglich gewesen, sehr geehrter Herr Stadtrat? Und wenn Sie schon eine Historikerkommission eingesetzt haben vor einem Jahr, das wäre ein Thema für eine Historikerkommission, nämlich wirklich zu überprüfen, wie es möglich war, dass es 30 bis 40 Jahre nach WK2 noch Nazi-Methoden im roten Wien gegeben haben kann. Das wäre ein Auftrag an die Historikerkommission, sehr geehrter Herr Stadtrat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber da muss ich Sie schon fragen, Herr Stadtrat: Wenn es schon Nazi-Methoden waren, die hier 30 bis 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges vorgeherrscht haben, warum haben Sie dann nicht schon längst eine Anzeige wegen des Verstoßes gegen das Verbotsgesetz § 3a eingebracht, eine Anzeige wegen Wiedererrichtung von NS-Strukturen? Sie kennen die Rechtsfolge: 10 bis 20 Jahre oder lebenslang. Das heißt, diese Taten verjähren nicht. Bringen Sie eine Anzeige ein, sehr geehrter Herr Stadtrat! Werden Sie sich Ihrer Pflicht bewusst, wenn Sie von Nazi-Methoden sprechen! Das ist Ihre Pflicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und eines ist klar: Die Opfer wollen, dass die Täter endlich vor den Vorhang kommen. Es ist schon irgendwie eigenartig: Da gibt es einen Weissen Ring, der entschädigt die Opfer – das ist einmal sehr gut, die Mittel werden auch aufgestockt, das ist in Ordnung –, aber da die Opfer Geld bekommen, ist ja auch der Umkehrschluss zulässig, dass den Opfern recht gegeben wird. Das heißt, wo es Opfer gibt, muss es ja auch Täter geben. Aber wo sind die Täter? Da gibt es hunderte Opfer, und wo sind die Täter? Ich weiß schon, es ist nicht primär Ihre Aufgabe, das ist die Aufgabe der Staatsanwaltschaft, die strafrechtlich relevante Individualschuld festzustellen, aber wo sind die Täter, wenn es hunderte

Opfer gibt, die entschädigt werden? Wo sind die Täter?

Hier muss die Staatsanwaltschaft tätig werden, aber auch hier im Gemeinderat und Landtag muss die politische Verantwortung geklärt werden. Das darf nicht länger unter den Tisch gekehrt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich nütze die Gelegenheit, einige Täter vor den Vorhang zu stellen, und da ist mir ziemlich egal, ob sie schon verstorben sind oder alt sind oder nicht mehr berufstätig sind. Die Täter gehören vor den Vorhang, und das bestätigen mehrere Opfer unabhängig voneinander, nämlich aus verschiedenen Heimen.

Da war der Herr Manfred Jochum, der Manfred Jochum, der vielleicht von einigen als „Jochen“ bezeichnet wurde, eine rote Lichtgestalt später, ein Mann, der sich sowohl im Heim Wilhelminenberg als auch im Heim Hohe Warte durch besondere Brutalität hervorgetan hat. Er hat die Buben mit den Bartwischstiel missbraucht – ich gehe nicht näher ins Detail, ich habe die letzten Wochen schon genug davon gehört, das brauche ich nicht im Detail weiter hier auszubreiten –, er hat einem Mädchen, das seinem Heimmartyrium entfliehen wollte, zur Strafe einen Tannenzapfen in den Unterleib eingeführt. Das Mädchen wurde schwer verletzt, vom Heim weggebracht, es kam nie wieder zurück. Wo es geblieben ist, weiß kein Mensch. – Das sind nur zwei kleine Beispiele.

Wir sagen, Täter vor den Vorhang, und der Herr Manfred Jochum soll laut Aussagen verschiedener Opfer so ein Täter gewesen sein. Und er war Mitglied des BSA, nämlich führendes Mitglied. Das heißt – um es noch einmal zu sagen –, das ist kein politisches Kleingeld, das ist die Realität, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sprechen wir sie aus, die Realität. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Jahre 1998 wurde der Herr Jochum zum ORF-Hörfunkintendanten gemacht. Er wurde mehrfach ausgezeichnet: Preis der Stadt für Wiener Volksbildung, Österreichisches Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst, Staatspreise. Und das alles für einen Mann, der in jedem zivilisierten Rechtsstaat im Gefängnis gelandet wäre.

Andere Täter haben sich ja selbst vor den Vorhang gestellt. Die waren zwar nicht so schlimm tätig wie der Herr Jochum, aber die Frau Ute Bock hat ja selbst zugegeben, die eine oder andere Tätschn ausgeteilt zu haben. Sie war auf jeden Fall eine ehrliche Haut, aber das Motto war damals wie heute: „Wer hat Bock auf Ute Bock?“ Denn das ist genau der Grund, warum sie damals in Kinderheimen tätig war und jetzt in Asylantenheimen. Wir wissen genau die Motivation der Frau Ute Bock, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es handelt sich ja nicht nur um Fälle, die Jahrzehnte zurückliegen, die vielleicht doch ein fortgeführtes Nazi-Regime waren in den 70er oder 80er Jahren, es handelt sich ja auch um junge Fälle in den 90er Jahren. Im August-Aichhorn-Haus etwa wurden Zöglinge zu Kinderarbeit gezwungen, da gab es anscheinend Sexorgien mit Prominenten. Die Kinder wurden in umliegende Penthäuser verschafft, sie wurden als Drogenkuriere missbraucht. Das sind alles Fälle, die einige Jahre her sind, und da frage ich mich schon: Wo war die Magist-

ratsabteilung 11? Wo war der Stadtschulrat, wenn Kinder vom Unterricht freigestellt wurden für einen „erlebnispädagogischen Urlaub“ und dann wochenlang unterwegs waren? Wir wissen nicht, wo, wahrscheinlich wurden sie da und dort prostituiert.

Das ist ein Versagen der Behörden, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dazu braucht es eine Gemeinderätliche Untersuchungskommission, die Sie verhindern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es hat ja schon im Jahre 1974 Ihre Parteifreundin Karlsson darauf hingewiesen, dass 14 von den 34 Kinderheimen Kindergefängnisse sind – sie hat es als Kindergefängnisse bezeichnet –, und 2 Jahre nach Erstellung des Berichtes wurde dieser veröffentlicht, aber massiv geschwärzt und zensuriert. Aber auch damals wurde keiner der Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Niemand wurde zur Rechenschaft gezogen, aber für die Frau Karlsson war die Karriere bei der Stadt plötzlich beendet.

Wie gut sie das brutale System des roten Wiens kennt, zeigt sich daran, dass sie in der „Krone“ erklärte, dass sie das Gefühl habe, dass man heute erneut eine Gegenwelle veranstalte, um die Anschuldigungen in Frage zu stellen. Und damit liegt sie leider richtig, die Frau Karlsson, Ihre SPÖ-Karlsson, die für die SPÖ auch im Nationalrat gesessen ist. Das Vertuschen geht seit 1974 ungeniert weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren. Doch wir wollen Licht ins Dunkel bringen, denn das Einzige, was Schutz für die Opfer bedeutet, auch Schutz für eventuelle Opfer in der Zukunft, ist, dass die Täter endlich gefasst werden und das Netzwerk endlich offengelegt wird. Das müssen wir garantieren, das ist ehrlicher Opferschutz, nicht so, wie Sie das meinen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir wissen ganz genau, es wurde vor einem Jahr ein Fonds beim Weissen Ring eingerichtet, es wurde Entschädigungen ausgezahlt. Der Fonds wird laufend aufgestockt. Das begrüßen wir auch, das ist alles sehr schön und gut, dass es zumindest eine finanzielle Entschädigung gibt. Das ist ja wohl das mindeste, was man tun kann, Es haben sich bis zum 30. November 2011 790 Opfer gemeldet. Aber was wir von vielen Opfern hören, ist, dass ihnen das Geld, das ausgezahlt wird, so vorkommt wie Schweigegeld. Nach dem Motto: Jetzt nimm das Geld, aber schau, dass du nicht mehr darüber sprichst! Das Geld ist nichts anderes als Schweigegeld, meine sehr geehrten Damen und Herren, und es kann nicht sein, dass die Fälle durch die Auszahlungen der Entschädigungen abgehakt sind. Hier muss weiter nachgeforscht werden, und dafür treten wir ein, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Wichtigste für die Opfer ist nämlich nicht eine finanzielle Entschädigung, das Wichtigste für die Aufarbeitung der psychischen Traumata ist, dass die Täter endlich gefunden und gestellt werden. Das ist das Wichtigste für die Opfer, und das wollen wir garantieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist echter Opferschutz. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gilt aber auch, die politische Verantwortung zu

klären. Es stehen, wie gesagt, Vorwürfe wie Sklaverei, vollendeter oder versuchter Mord oder sexueller Missbrauch mit Todesfolge im Raum. Das sind die strafrechtlichen Vorwürfe. Das sind alles Vorwürfe, die nicht verjähren. Diese Vorwürfe verjähren nicht, und wir Freiheitliche haben deshalb zwei Sachverhaltsdarstellungen bei der Staatsanwaltschaft eingebracht, weil wir eben Aufklärung wollen bei Delikten, die noch nicht verjährt sind. Es ist schlimm genug, dass andere Delikte verjähren, es ist schlimm genug, dass Delikte wie Kindesmissbrauch verjähren können. Da fordern wir auch eine Gesetzesänderung auf Bundesebene, dass Kindesmissbrauch prinzipiell nicht verjähren darf. Aber den Delikten, die in den 70er Jahren oder 60er Jahren stattgefunden haben und die noch nicht verjährt sind, muss nachgegangen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier darf nicht einfach der Mantel des Schweigens darüber gehüllt werden.

Und was macht man, wenn man keine Aufklärung will? Man setzt eine Kommission ein. Man behauptet, die Kommission ist unabhängig, die Vorsitzende kann sich ihre Kommissionsmitglieder selbst aussuchen. Das ist auch ein lustiges Spiel, das behauptet man halt. Wenn man dann die Mitglieder der Kommission betrachtet, sieht man, es gibt schon ein bisschen ein Naheverhältnis zur SPÖ, aber das macht vielleicht nichts.

Also eine Vertuschungskommission wird eingesetzt. Die Vorsitzende ist die Frau Helige. Sie war als rote Justizministerin im Gespräch. Also da soll ein Teil des roten Wiens das, laut Oxonitsch, Nazi-Regime in den Heimen des roten Wiens prüfen. Das ist etwas absurd, etwas seltsam anmutend, möchte ich einmal sagen. Und was dabei herauskommen soll, ist klar, nämlich nichts, zumindest nichts Handfestes. Die Frau Helige erfüllt damit die Anforderungen an ihre Person auch perfekt. Sie ist wahrscheinlich auch besonders geeignet als Vorsitzende dieser Kommission, weil sie auch diverse Kontakte zur, sage ich jetzt einmal, pädophil-affinen Szene in Österreich hat. (*Abg Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist ja ein Wahnsinn, was Sie da behaupten!*) Ja, das ist Wahnsinn. Richtig, das stimmt. Ich gebe Ihnen recht, und ich sage Ihnen, was der Wahnsinn ist. Sie sitzt im Kuratorium des Rechtskomitees LAMBDA, und anscheinend ist sie genau die Richtige für den Job. Sie sitzt im Kuratorium des Rechtskomitees LAMBDA, der Chef von LAMBDA ist Dr Helmut Graupner. Er ist ein Rechtsanwalt und ein glühender Verfechter der generationenübergreifenden Sexualität. (*Zwischenruf von Abg Mag (FH) Tanja Wehsely.*) Hören Sie mir zu! Ich sage es Ihnen gerade. (*Abg Mag (FH) Tanja Wehsely: Nein!*) Also doch nicht. Wollen Sie die Wahrheit hören oder nicht? (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Hören Sie mir zu! Das ist ja nicht so schwer. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Hineinbrüllen schon, aber zuhören wollen Sie nicht!*) Jetzt geht die Frau Wehsely, weil anscheinend nicht sein kann, was nicht sein darf, aber ich werde sie eines Besseren belehren, wenn ich jetzt die Person des Herrn Graupner beleuchte. Ja, gehen Sie ruhig, leben Sie weiter in Ihrer Scheinwelt, sie wird zerbröckeln, keine Sorge! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Also der Herr Graupner, Vorsitzender des Rechtsko-

mitees LAMBDA, schrieb im Jahr 1999 – ich zitiere: „Bis zur Hälfte der Beziehungen von 12- oder 13-Jährigen zu Erwachsenen ist durch eine gegenseitige Zuneigung begründet. Diese Beziehungen gleichen oftmals normalen Partnerschaften homo- oder heterosexueller Natur, und es ist alleine das Gesetz, das sie zu einem Objekt juristischer Untersuchung macht.“

Es ist anscheinend die Aufgabe des Rechtskomitees LAMBDA, die Rechtsordnung so zu ändern, dass diese Perversitäten nicht mehr illegal sind. Und das ist widerlich, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und dieser Herr Graupner ist ein Freund der Frau Helige, und die Frau Helige ist die Vorsitzende der Kommission, die eingesetzt wurde, um den Fall Wilhelminenberg zu prüfen. Das ist ja auch eigenartig. Fälle gibt es in allen Heimen, aber nur Wilhelminenberg wird geprüft.

Weiters im Kuratorium des Vereins LAMBDA sitzt die Frau Prof Rotraud Perner. Sie hat einmal in einem „profil“-Artikel geschrieben – ich zitiere: „Selbst Forscher lassen bei der Beschreibung von Pädophilie zu Unrecht das Thema Gewalt mit einfließen. Wissenschaftlich betrachtet ist sie eher eine erotisch gefärbte Geistes- und Seelenhaltung, eine Art Anbetung von vorpubertären Kindern.“ – Super. Das ist schlicht widerlich. Mir fehlen die Worte, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und so jemand ist ein Freund der Frau Helige, und die Frau Helige ist die Leiterin der Kommission. Da wissen wir, wo der Hase läuft, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ebenfalls ein Unterstützer dieses Rechtskomitees LAMBDA ist der Herr Honorarprofessor Dr Jesionek, der auch Chef des Weissen Ringes ist. Er war damals auch im Vorstand des August-Aichhorn-Hauses, wo sich ja wirkliche Abscheulichkeiten abgespielt haben. Er saß im Vorstand, hat nichts gesagt, keinen Mucks. Als das aufgekomen ist, man hat keinen Mucks vom Herrn Jesionek gehört.

Mit einem Wort, Sie sehen, das ist das Umfeld, in dem sich die Frau Helige bewegt, das ist das Umfeld auch hier im roten Wien. Und ich sage, die Einsetzung der Frau Helige ist eine Verhöhnung der Opfer, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn es hackt keine Krähe der anderen die Augen aus. Und das müssen Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da wurde im wahrsten Sinne des Wortes der Bock zum Gärtner gemacht. Eine Person mit diesem Umfeld als Kommissionsleiterin zur Aufklärung von Missbrauchsfällen einzusetzen, das ist ein Witz, das ist ein Hohn, der seinesgleichen sucht. Sie tut ja eben genau das, was von ihr erwartet wird. Es wird nur, wie gesagt, der Wilhelminenberg untersucht. Andere Heime werden nicht untersucht, obwohl im Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft aus dem Jahre 2010 mindestens 18 Heime angesprochen werden, die betroffen sind, aus denen sich Opfer gemeldet haben, aber anscheinend werden diese Opfer und der Leidensweg dieser Opfer ignoriert.

Natürlich hat die Frau Helige auch dafür gesorgt, dass der Rest der Kommission parteitreu ist. Da wurde

zum Beispiel die ehemalige Vorsitzende des OHG-Senats Helga Schmucker nominiert. Da gibt es Berichte einer Schweizer Nachrichtenagentur, dass es zahlreiche Anzeigen gegen sie gibt wegen Unterdrückung von Beweismitteln, wegen Begünstigung und wegen Amtsmissbrauchs. Also anscheinend, wenn die Berichte aus den Schweizer Nachrichten stimmen, hat die Dame schon Routine im Vertuschen und Unterdrücken.

Da gibt es eine Psychiaterin Gabriele Wörgötter. Sie stammt aus dem Umfeld von Max Friedrich und ist für ihre Gefälligkeitsgutachten berüchtigt. Sie hat zum Beispiel im Bezirksgericht Döbling, das Frau Helige leitete, ohne Auftrag ein psychiatrisches und kinderpsychiatrisches Sachverständigengutachten vorgelegt, und das, obwohl sie für das Fachgebiet selbst gar nicht zugelassen ist. Da hat sie ohne Begutachtung der Kinder empfohlen, dass Kinder im Heim untergebracht werden sollen. Das hat anscheinend auch Methode hier im roten Wien.

Also es ist ganz klar: Diese Kommission ist eine Vertuschungskommission, meine, sehr geehrten Damen und Herren, und wir werden das auch weiter aufzeigen. Wir werden weiter aufzeigen, dass hier anscheinend kein Interesse besteht, wirklich Licht ins Dunkel zu bringen, dass weder die politische Verantwortung geklärt werden soll noch die strafrechtliche Seite geklärt werden soll, meinen sehr geehrten Damen und Herren. Und als wir im vergangenen Gemeinderat den Antrag gestellt haben, dass die Vernichtung von Personalakten, die für die Aufklärung der Misshandlungs- und Missbrauchsskandale notwendig sind, einzustellen ist, wurde das von Rot-Grün niedergestimmt. Sie haben hier anscheinend einen Freibrief gegeben, die Akten weiter zu vernichten. Und das ist schäbig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist wirklich schäbig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen fordern auf jeden Fall eine umfassende Aufklärung der Missbrauchsfälle, eine schonungslose Aufarbeitung und harte Strafen für die Täter, aber auch für deren Unterstützer. Auch die Leute, die all dieses Grauen zugedeckt haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Es muss auch das Jugendwohlfahrtsgesetz in Wien adaptiert werden, nämlich verpflichtende Weiterbildung für Erzieher, Pflegefamilien und Sozialarbeiter. Das muss garantiert werden. Es muss verpflichtend unangekündigte Kontrollen geben. *(Abg Kathrin Gaal: Die gibt es!)*

All das hat der Lhptm Häupl im Jänner noch abgelehnt, als wir einen Dringlichen Antrag gestellt haben. Wir stellen daher heute einen Beschlussantrag, der eben genau das beinhaltet, dass das Jugendwohlfahrtsgesetz adaptiert wird, dass aber auch auf Bundesebene eine Verschärfung des Strafrechts stattfindet. Weg mit dieser Verjährungsfrist bei Missbrauchsfällen, härtere Strafen für Kinderschänder und keine vorzeitige Entlassung! Das muss garantiert sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abschließend mein Appell an die zweite Oppositionspartei ÖVP. Wir garantieren mit 28 Unterschriften, dass wir bereit sind, eine Gemeinderätliche Untersuchungskommission einzurichten. Es fehlen uns zwei

Unterschriften. Ich meine, der Appell gilt natürlich allen, aber die Oppositionspartei ist besonders aufgerufen, denn ich glaube nicht, dass Sie sich mit Vertuschern hier unter eine Decke begeben will. Bitte unterstützen Sie die Einrichtung dieser Gemeinderätlichen Untersuchungskommission. Die Helige-Kommission ist nicht seriös, die Helige-Kommission ist nicht unabhängig, die Helige-Kommission ist nicht parteifrei. Wir brauchen eine unabhängige Gemeinderätliche Untersuchungskommission, die von allen Parteien besetzt wird, wo es einen Vorsitzenden gibt, der sein Amt wirklich pflichtgemäß und gut ausübt, damit hier endlich einmal die Sümpfe trockengelegt werden und Licht ins Dunkel gelangen kann. Das brauchen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bitte, unterschreiben Sie! Geben Sie uns diese beiden Unterschriften, denn das Beste für den Opferschutz in Zukunft ist es, das System offenzulegen, und die Täter, die noch frei herumlaufen – und es laufen wahrscheinlich noch Dutzende Täter frei herum –, müssen vor den Vorhang und hinter Gitter, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Anger-Koch. – Bitte sehr. Ich weise darauf hin, dass die Redezeit für den Erstredner jeder Fraktion 30 Minuten beträgt und die jedes weiteren Redners mit 15 Minuten begrenzt ist. – Bitte, Frau Abgeordnete

Abg Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Landesrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte hier die Möglichkeit nutzen, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, was wir im Sondergemeinderatsausschuss mit dem Herrn Oxonitsch besprochen haben.

Das war einerseits, dass wir eine vollständige, lückenlose Aufklärung der Vorkommnisse am Wilhelminenberg gefordert haben, und es wurde uns auch versprochen, dass dies passieren wird.

Das Zweite ist, dass uns zugesichert worden ist, dass die heutigen Pädagogen angehalten sind, sich 40 Stunden pro Jahr weiter- und fortzubilden. Das wollen wir weiterhin, dass das auch passiert, und wir gehen sogar soweit, dass es auch verpflichtend sein soll.

Weiters wollen wir wissen, wie es jetzt mit der Meldefrist der Opfer ausschaut. Damals wurde uns gesagt, dass sie eventuell bis Ende November verlängert wird. Wurde sie verlängert? Wie weit ist die Verlängerung noch möglich? Über den Zeitraum bis Ende des Jahres oder noch länger? Sie haben uns damals gesagt, dass das nicht ausgeschlossen ist.

Ich möchte aber, da jetzt im November die Kommission einberufen worden ist, hier noch weitere Fragen stellen, die ich doch hoffe, irgendwann beantwortet zu bekommen, weil sich auch durch die Pressekonferenz der Frau Helige doch noch Fragen eingestellt haben beziehungsweise da wir nicht wollen, dass es zu einem Stillstand kommt.

Frau Helige führte in ihrer Pressekonferenz aus, dass Berichte früherer Heiminsassen derzeit nur bei der Op-

ferschutzorganisation Weisser Ring aufliegen. Eine Weiterreichung an die Kommission ist laut Frau Helige nicht geplant. Da stellt sich jetzt die Frage, warum das nicht geplant ist, wenn uns doch eigentlich versprochen worden ist, eine lückenlose Aufklärung zu bekommen. Wenn die Kommission diese Berichte nicht zu Gesicht bekommt, wenn sie keine Einsicht bekommt, dann stellt sich die Frage, ob überhaupt eine lückenlose Aufklärung möglich ist, vor allem, wenn Frau Helige dann weiter ausführt, sie möchte gerne die Einbeziehung aller möglichen wissenschaftlichen Mittel und umfangreiche Recherchen beziehungsweise auch Interviews mit Zeitzeugen haben.

Dazu habe ich eine weitere Verständnisfrage. Wenn Zeitzeugen befragt werden sollen beziehungsweise Interviews für diverse Recherchen notwendig sind, möchte ich wissen, ob alle Mitarbeiter des Magistrats und der Stadt Wien eine ausdrückliche Weisung erhalten haben, alle diese relevanten Unterlagen offenzulegen. Wie wir ja wissen, sind alle Bediensteten an eine Amtsverschwiegenheit gebunden, und es würde uns interessieren, ob sie von dieser entbunden worden sind, um eben eine wirklich ergebnisorientierte und lückenlose Aufklärung zu bekommen. Ansonsten sehen wir eigentlich genau die Aufgabe der Kommission gefährdet und fürchten, dass wir quasi keine Aufklärung bekommen, die wir gerade in diesem Fall für sehr notwendig und wichtig erachten.

Weiters wurde auch von Herrn Kollegen Gudenus schon angesprochen, dass in dem Karlsson-Bericht mehrere Heime angeführt worden sind, wo es zu Missständen gekommen ist. Da wollen wir wissen, ob in den anderen Heimen im Rahmen dieser Recherchen ebenfalls versucht wird, eine entsprechende Aufklärung herbeizuführen. Es sind 14 Heime genannt, die quasi als Kindergefängnisse tituliert worden sind.

Ich möchte daran appellieren, dass es hier um Kinder geht, die respektlos behandelt und gedemütigt worden sind, und es ist jetzt an der Zeit, diese Täter an die Öffentlichkeit zu zerren und zu schauen, all diese Dinge, die damals unter der Tisch gekehrt worden sind, ans Licht zu bringen. Dafür treten wir ein, und dahin gehend wollen wir gerne unsere Fragen beantwortet haben.

Weiters – wir haben auch schon Anträge diesbezüglich gestellt – wollen wir, dass diese geforderte Kinderschutz Ausbildung gemacht wird und auch eine Aufstockung im Personal der MA 11 erfolgt. Bis dato haben wir noch keinen Bericht bekommen, ob das so passiert oder nicht.

Was uns aber sehr wichtig ist: Wir haben damals gesagt, wir warten einen zweimonatigen Bericht der Kommission ab. Wird uns, Herr Stadtrat, die Kommission unter der Führung der Frau Helige diese Berichte zugestehen? Bekommen wir diese Berichte? Wir wollen gerne eingebunden werden in diese Berichte. Sie sollen nicht nur an die Staatsanwaltschaft gehen, sondern uns ist wichtig, hier eine entsprechende Aufklärung zu bekommen. Wir wollen gerne wissen, was die ersten Ergebnisse der Kommission sind, was die ersten Ergebnisse der Recherchen sind, was die ersten Ergebnisse der Opfer-

befragung sind. Wir wollen hier eingebunden werden, und wir wollen gerne, dass wir so bald wie möglich von den ersten dementsprechenden Berichten in Kenntnis gesetzt werden. – Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abg Hebein. – Bitte sehr.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Die miesen Unterstellungen der FPÖ, die miesen Unterstellungen von Ihnen zerstören die Debatte über eine sachliche Aufklärung. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das sind Aussagen der Opfer!)* Sie zerstören durch miese Unterstellungen die Aufklärung dieser wichtigen Fragen: Was ist konkret passiert und wie konnte es passieren? *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Die Aufklärung wollen wir, Frau Kollegin!)* Sie verleumden, Sie diffamieren, Sie werfen mit Dreck auf einzelne Personen, Sie reißen Sätze aus dem Zusammenhang.

Das hat System. Sie haben keinerlei Interesse an den Opfern. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Uns geht es genau um die Opfer!)* Sie benützen die Opfer, um hier politisches Kleingeld aus der Situation zu schlagen. *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)* Das hat System, das ist das, was Sie hier konkret machen, und das ist striktest abzulehnen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Eigentlich sollte es uns um die Opfer gehen *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Dann tun Sie endlich etwas!)*, eigentlich sollte es darum gehen, aufzuarbeiten, was hier konkret an Gewalt, an Missbrauch, an Schutzlosigkeit, an Demütigung passiert ist an Kindern und Jugendlichen. Es geht darum, jedem Hinweis nachzugehen, die Missstände festzuhalten, festzuhalten, wo die Organisation versagt hat, jeden Einzelfall zu prüfen. Das ist das Entscheidende. Die Aufarbeitung, der Respekt gegenüber den Opfern, hier tätig zu werden, ist doch der springende Punkt. Das, was Sie machen, ist schlichtweg, mit Dreck herumzuschleudern und zu diffamieren. Benützten sich doch hier nicht die Opfer!

Weil wir konkret Verantwortung übernehmen wollen, ist Folgendes passiert: Es gibt eine Historikerkommission, die die Zustände der Wiener Heime aufarbeitet. Nehmen Sie das zur Kenntnis! Es gibt den Weissen Ring, der die Aufgabe und den Auftrag hat, über Entschädigung zu entscheiden, psychologische Betreuung anzubieten, sozialarbeiterische Betreuung anzubieten, die Menschen zu unterstützen. Bisher haben sich 814 Personen gemeldet. 350 Fälle betreffen das Heim am Wilhelminenberg. 294 sogenannte Einzelfälle wurden konkret behandelt, 223 Einzelschicksale wurden finanziell entschädigt, und 200 Therapien wurden bereits bewilligt. Das ist das, was StR Oxonitsch auch verkündet hat, und bis Ende 2012 sollen alle gemeldeten Einzelschicksale und Fälle behandelt werden.

Das heißt, wir haben eine Historikerkommission, die die Situationen in den Wiener Heimen aufarbeitet, wir haben den Weissen Ring, und wir haben zusätzlich, weil so eklatante, massive Vorwürfe im Raum stehen, auch eine Untersuchungskommission eingesetzt, die konkret die Vorfälle am Wilhelminenberg bearbeiten soll. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Und die anderen?)* Und

nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Stadt Wien jegliche Unterstützung zugesagt hat für die Aufarbeitung aller Vorwürfe am Wilhelminenberg. Da gibt es freie Hand, alle Daten und Akten sind zugänglich gemacht. Lassen Sie diese Kommission in Ruhe arbeiten! Das ist jetzt ihr Auftrag.

Diese Kommission besteht aus Experten und Expertinnen. Dazu gehören Frau Barbara Helige, sie ist Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte, Frau Helga Schmucker, Senatspräsidentin am OGH im Ruhestand, Gabriele Wörgötter, Fachärztin der Psychiatrie und Neurologie und gerichtlich beeidete Sachverständige, und Michael John, ein Uni-Professor, der schon länger in Historikerkommissionen an der Aufarbeitung schwarzer Pädagogik, an der Heimerziehung arbeitet, auch offiziell im Auftrag der Oberösterreichischen Landesregierung.

Lassen Sie diese Kommission in Ruhe alle Vorwürfe aufarbeiten. Wir haben genug Raum, hier die Zwischenberichte zu diskutieren, politische Schlussfolgerungen zu ziehen, aber gehen Sie nicht her und diffamieren einzelne Personen. Das ist nicht das Thema. Es geht nicht um die FPÖ, Sie verwechseln das immer, es geht hier konkret um die Opfer. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Zu den Tätern. Erstens ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft, hier alle Mittel zu ergreifen. Das ist ihre Aufgabe, Aufgabe der Staatsanwaltschaft und nicht Aufgabe der FPÖ. Übrigens sollten Sie juristisch doch so weit bewandert sein, dass Sie wissen, dass eine Vertuschung von Kindesmissbrauch, die Sie hier Rot-Grün vorwerfen, sehr wohl ein Tatbestand ist.

Was die Täter anlangt, haben Rot-Grün, hat die Stadtregierung eine Enquete beschlossen, weil es wichtig ist, hier mit Experten und Expertinnen der Forensik, der Polizei, der Traumaforschung darüber zu diskutieren: Wie soll gewährleistet werden, dass Anzeigen tatsächlich auch zu Verurteilung führen? Wie ist das mit der Beweislast? Wie können wir gewährleisten, dass Opfer, wenn Sie anklagen, nicht noch einmal gedemütigt werden, weil es zu keinen Verurteilungen kommt? Hier gibt es eine Enquete, hier handeln wir von Rot-Grün, hier werden wir aktiv, ohne Menschen zu benützen.

Bei der Frage, wie das passieren konnte, müssen wir uns dem sensiblen Kapitel der Nachkriegsjahre stellen. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Nachkriegsjahre?*) Wir müssen uns dem stellen, dass sehr wohl nationalsozialistisch geprägte Erziehungsmodelle lange aufrechterhalten worden sind, sehr autoritäre Strukturen. Wir wissen alle, dass die sogenannte Watschen erst 1989 abgeschafft worden ist. Wir wissen, dass die Situation von Kindern und Jugendlichen in allen Heimen und Einrichtungen eine außerordentlich schwierige, brutale war. Die Kinder und Jugendlichen wurden in diesem gesellschaftspolitischen Umfeld völlig allein gelassen. Egal, wann das war, auch diese Zeit müssen wir aufarbeiten. Auch diesen Aspekt, was macht nationalsozialistisches Gedankengut, was sind das für Erziehungsmethoden, was sind das für autoritäre Strukturen, müssen wir beleuchten, auch diese Diskussion müssen wir führen. Das ist wichtig, wichtig auch für heute, damit jegliche

Entwicklungen in diese Richtung rechtzeitig verhindert werden können.

Wir müssen auch darüber diskutieren – das kam in der Diskussion noch etwas zu kurz –: Wie haben denn die Menschen damals reagiert, die die Situationen in den Kinder- und Jugendheimen mitgekommen haben? Wir haben noch nicht ausführlich darüber diskutiert, welche Bedeutung damals die Spartakus-Bewegung hatte. Es war dies eine Organisation, die unter anderem Heimkinder versteckt hat, eine Gruppierung von Menschen, die massiv aufgetreten ist, um hier Bewusstsein zu schaffen, dass diese autoritären Strukturen vorhanden sind, dass hier Jugendliche allein gelassen werden. Sie haben auch Befragungen bei Lehrlingen durchgeführt, wovor sich denn die Lehrlinge am meisten fürchten. Damals war die Situation so – nicht nur bei Lehrlingen, sondern überhaupt bei Kindern und Jugendlichen –, dass man damit operiert hat: Wenn du schlimm bist, gehst ins Heim! Wenn jemand mehrmals die Lehrstelle gewechselt hat, war die Gefahr groß, in so einem Heim zu landen.

Das heißt, da gibt es viel an Materialien, viel an Bewusstsein, das wir schaffen müssen, dass die Spartakus-Bewegung einen wichtigen Teil dazu beigetragen hat, dass überhaupt ein öffentlicher Diskurs begonnen wurde. Auch ein Punkt, der relevant ist.

Und was noch wichtig ist: Natürlich fehlen noch Bereiche, wo wir sagen, ja, es wäre wichtig, auch hier aufzuklären, ja, das wäre wichtig, um genau festzustellen, was konkret passiert ist und wie es passieren konnte. Deshalb halte ich die grüne Forderung für recht wichtig, dass wir eine bundesweite, unabhängige Untersuchungskommission haben sollten, dass natürlich ein Opferfonds eingerichtet werden muss, wo das Procedere festgehalten ist, wo es konkrete Angebote gibt. Das ist auch Bundessache. Hier geht es nicht nur um Wien, sondern da stehen Kinder und Jugendliche von damals österreichweit alleine da. Das heißt, hier wäre auch die Bundesregierung gefordert, eine parlamentarische Diskussion mit Experten und Expertinnen über die Verjährungsfristen durchzuführen, endlich auch ein neues Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz zu installieren, damit es einheitliche Standards gibt, eine Aufwertung der Präventionsarbeit vorzunehmen und dafür zu sorgen, dass auch die Gewaltsensibilisierung eine Selbstverständlichkeit wird, angefangen von unserem Bildungssystem bis hin auch zur Ausbildung der ExekutivbeamtInnen.

Das sind natürlich Aufgaben, vor denen wir noch stehen, Aufgaben, wo auch der Bund gefordert ist, wenn wir wirklich die Einzelschicksale ernst nehmen wollen. Wenn wir wirklich ernst nehmen wollen, was hier österreichweit in den 60er und 70er Jahren passiert ist, dann ist hier auch der Bund gefordert.

Ein heiklen Punkt möchte ich noch herausheben, das ist die Stigmatisierung der Kinder und Jugendlichen von damals. Ich werde Ihnen (*Die Rednerin blättert in Ihren Unterlagen.*) nichts vorlesen, weil die Zetteln nicht da sind, sondern konkret wiedergeben, wie ein betroffener Lehrling, der dann im Heim gelandet ist, die Situation erlebt hat, welche Art der Demütigung er erlebt hat mit den autoritären Strukturen, mit diesem Zwang, nach

Reihenfolgen essen zu müssen, mit diesem Zwang, in durchnässten Betten schlafen zu müssen, mit dieser Demütigung, permanent angeschrien zu werden, permanent eingeschüchtert zu werden und zu wissen, dass man in dieser Situation alleine ist.

Diese Kinder und Jugendlichen waren völlig stigmatisiert, waren auch in der Gesellschaft stigmatisiert, und wir müssen hergehen – das ist vielleicht ein Appell oder ein Auftrag an uns alle – und uns genau anschauen: Was passiert heute mit Kindern und Jugendlichen am Rande der Gesellschaft? Das sehe ich auch als wichtigen politischen Auftrag, dass wir hergehen und schauen: Was passiert denn konkret heute? Wie gehen wir heute damit um?

Und da kann ich die FPÖ nicht aus der Verantwortung nehmen, weil ich es höchst gefährlich finde, in welche Richtung die FPÖ hier geht. Ich habe es schon einmal hier gesagt, und ich werde es immer und immer wieder sagen, auch wenn die FPÖ sich dann nach mir hierherstellt wie das letzte Mal und es abstreitet: Sie von der FPÖ fordern Straf-Camps, Sie fordern Schnupperhaft, Sie fordern Aufhebung der Strafuntergrenzen für Jugendliche, Urkunden für Zuwanderer.

Aber im gleichen Atemzug, wo Sie so ein Bekenntnis thematisieren, im gleichen Augenblick, wo Sie diese Aussendung machen, nämlich Sie, Herr Abg Gudenus, am 23.9.2008, streuen Sie zwischendurch noch irgendeine Untersuchung, irgendeine Studie hinein, wo dann drinnensteht, ach, übrigens, 80 Prozent dieser Jugendtäter sind natürlich Migranten und natürlich hauptsächlich Türken und Araber. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Schauen Sie sich die Statistiken an!)*

Das heißt, diese Art der Politik machen Sie. Das hat System. Da geht es um Kinder und Jugendliche, die jetzt am Rande der Gesellschaft stehen. Sie diskutieren nicht darüber: Was sind die Ursachen? Wie sind die Familienverhältnisse? Was heißt Verwahrlosung? Wie können wir diese Familien unterstützen? Wie können wir diese Kinder und Jugendlichen unterstützen? *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Uns geht es um die Missbrauchsoffer!)* Sie gehen her und fordern noch mehr Autorität und Disziplin, Straf-Camps und Schnupperhaft. Das sind gefährliche Tendenzen. Hier sind wir alle gefordert, dagegen aufzutreten. Diese Stigmatisierung müssen wir durchbrechen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wir haben jetzt hier in diesem Haus öfter über den Wilhelminenberg diskutiert, über die massiven Vorwürfe, die im Raum stehen. Ich habe Ihnen erzählt – und zwar schon öfter, ebenso wie auch Kollegen und Kolleginnen von der SPÖ –, was hier konkret getan wird, wo wir hier konkret Verantwortung übernehmen. Was aber heute bei diesem Sonderlandtag der FPÖ deutlicher wird – und das muss ich betonen –, ist Folgendes: Die Qualität der miesen Unterstellungen der FPÖ steigert sich. Man glaubt es kaum. Man glaubt immer, es ist irgendein Punkt erreicht, aber dann gibt es noch ein Punkt. Und das ist der einzige Wert, den Sie hier beitragen zur Aufklärung und zum Übernehmen von Verantwortung gegenüber den Opfern. Das ist der einzige Wert, und ich werde es an einem konkreten Beispiel noch aufzeigen.

Grundsätzlich stellen Sie sich in allen Aussendungen und Broschüren, die Sie in den letzten Wochen verbreitet haben, her und sagen, Barbara Helige ist in Verbindung mit der Pädophiliezone. Einen ORF-Mitarbeiter bezeichnen Sie als Peiniger und Sadisten. In einer Aussendung – das haben Sie heute auch wieder betont – sagen Sie, „Gutmenschin“ Ute Bock misshandelte Zöglinge. Sie gehen auch her und diffamieren mit einzelnen aus dem Zusammenhang gerissenen Aussagen Rotraud Perner und auch gleich ihren Sohn, ihre Familie und Jesioneck. Das ist das, was Sie machen.

Ich möchte jetzt nur an einem Punkt klarstellen und symbolisch aufzeigen, wie tief diese Untergriffe sind, wie mies diese Unterstellungen der FPÖ sind, und zwar am Beispiel des Rechtskomitees LAMDA. Der größte Erfolg des Rechtskomitees war, den § 209 aufzuheben. Die österreichische Lesben- und Schwulenbewegung hat diesen massiv bekämpft. Der Verfassungsgerichtshof hat diesen Anti-Homosexuellparagrafen 2003 aufgehoben, und einige Monate zuvor hat der Nationalrat einstimmig beschlossen, das rechtzeitig aufzuheben.

2006 ist etwas passiert, was weltweit das erste Mal war, nämlich eine Ehrung einer Lesben-Schwulen-Transgender-Organisation in einem nationalen Parlament. Damals ist das Rechtskomitee LAMDA von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer in den Sitzungssaal des Nationalrates eingeladen und geehrt worden. Diesem Netzwerk, das Sie hier in einem leichten Verfolgungsrirtum angegriffen haben, hat auch Ihre damalige FPÖ-Justizministerin Gastinger angehört. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ehemalige FPÖ! Ehemalig!)* Auch sie hat gratuliert. Es waren 500 Leute dabei, die können Sie jetzt alle in die Pädophiliezone hineindrängen. Bundespräsident Fischer hat eine Grußbotschaft gesendet. Es war der Generalsekretär für Öffentliche Sicherheit, Erik Buxbaum, dabei. Ist der jetzt auch in der Pädophiliezone? Es waren auch der Generalsekretär von Amnesty International und der UN-Sonderberichterstatter dabei. Es waren auch Vertreter der schwedischen Regierung dabei. Ist die gesamte schwedische Regierung jetzt auch im Pädophilieeck? Es war ein Richter des Obersten Gerichtshofes der Republik Südafrika dabei.

Sind das jetzt alle Personen, denen Sie sagen, das ist das Eck der Pädophilie? Das ist das, was Sie machen. Zeigen Sie doch die 500 Personen an! Zeigen Sie alle an. Machen Sie einen Prozess gegen Südafrika, machen Sie einen Prozess auch gegen Deutschland, denn die deutsche Justizministerin ist gleichzeitig mit dem Rechtskomitee LAMDA ausgezeichnet worden. Zeigen Sie auch Deutschland an. Alles Pädophile!

Das ist das Niveau, auf dem Sie diskutieren, und das im Namen von Opfern. Ihnen sind die Opfer so was von egal! Das einzige Interesse, das Sie haben, ist, aus einem hochemotionalen, sensiblen Thema politisches Kleingeld zu schlagen, und Sie scheuen sich nicht davor, zu diffamieren und mit Dreck zu werfen. Das sind die Mittel Ihrer Politik, und das ist striktest abzulehnen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ein sehr matter Applaus!)*

Das heißt zusammenfassend und auf den Punkt gebracht: Wichtig ist Aufklärung aller Vorwürfe. Beim Wilhelminenberg gibt es eine Untersuchungskommission mit Experten und Expertinnen. Es wird transparente Zwischenberichte geben. Wir werden sie politisch diskutieren, wir werden Schlussfolgerungen ziehen.

Wichtig ist, dass es eine Enquete geben wird, um mit Experten und Expertinnen der Forensik, der Polizei, der Traumaforschung über den Strafraum zu diskutieren.

Wichtig ist auch, dass wir keine Wiederholung der Stigmatisierung von Kindern und Jugendlichen in unserem Land, in unserer Stadt wollen. Daher gilt es, aufs Allerschärfste die Mittel und Methoden und die Forderung nach Straf-Camps und Probehaft der FPÖ zurückzuweisen, gemeinsam dagegen aufzutreten. Das sind wir den Opfern schuldig und auch den Kindern und Jugendlichen von heute. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Abg Dr Aigner. – Bitte sehr.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich kann es mir nicht verkneifen, ein paar Worte zu meiner Vorrednerin zu sagen. Wir sprechen heute von Kindern als Opfer und nicht von Kindern als Täter. Ich gebe Ihnen aber recht, dass auch jene Kinder, die zum Betteln und zum Stehlen geschickt werden, im Prinzip Opfer sind. Es sind natürlich in erster Linie die Bestohlenen und Angeschornrten die Opfer, aber auch diese Kinder sind Opfer.

Wir sprechen aber hier von struktureller Gewalt in öffentlichen Einrichtungen. Und dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, zeigen ja auch die Zahlen, die auf dem Tisch liegen. 814 Opfer bisher beim Weissen Ring, davon alleine 350 Opfer vom Wilhelminenberg. Und das ist schon etwas, was zu denken geben sollte. Es sind ja auch Schritte zur Aufklärung gesetzt worden, und ich glaube, man sollte jetzt den Prozess, den man in Gang gesetzt hat, einmal sozusagen geschehen lassen.

Wichtig ist natürlich, dass es mit der Einrichtung jetzt schon der zweiten Kommission ja nicht getan sein kann. Ich meine, seit über einem Jahr gibt es eine Historikerkommission. Etwaige Ergebnisse liegen bis dato nicht vor. Ich warne auch davor, dass man das Ganze dann in eine soziologische Studie einbettet, so nach dem Motto: Das war halt damals so, das waren halt die Zeitumstände, und immer dieser Hinweis auf die Watschen. Ja, entschuldigen Sie – ich habe das hier schon einmal gesagt, Sie können es gern noch einmal hören –, die Watschen ist das eine und sexueller Missbrauch an Schutzbefohlenen in offenkundig organisierter Form ist doch ganz etwas anderes. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und genau von der Seite, die da Political Correctness immer so wie eine Schutzmantelmadonna vor sich herträgt, muss man schon sagen, dass Sie offenkundig ein gestörtes Verhältnis zu diesen Fragestellungen haben. Ich gestehe Ihnen auch zu, dass Sie vielleicht gescheitert werden können, aber diese ganze Auswüchse beim Otto Mühl und so weiter, die sind viele Jahrzehnte lang nicht

so eindeutig gesehen worden, sondern das war eher hipp und hopp und so weiter, und auch Ihre grünen deutschen Parteifreunde haben bei Pädophilie noch vor Kurzem auch ganz anders gesprochen.

Ich meine, es ist in Ordnung, wenn man jetzt zu dem Schluss kommt, dass man sagt, man will so etwas nicht. Ich weiß auch nicht, ob dieser § 209 nicht auch ein Schutzparagraph war, ob der nicht auch sachlich durchaus zu rechtfertigen gewesen wäre. Also ich habe auch meine persönlichen Probleme, wenn das alles auf eine Stufe gestellt wird, was sozusagen hier irgendwie im Rahmen natürlicher Beziehungen ist, aber bitte, ich nehme zur Kenntnis, dass es so ein toller menschenrechtlicher Fortschritt ist, aber ich meine auch, dass hier der Kinderschutz in erster Linie im Vordergrund stehen sollte.

Zur politischen Bewertung muss man natürlich sagen, dass das die Helige-Kommission natürlich in keinsten Weise machen kann, das ist Aufgabe der politischen Gremien. Da hat ja auch der Herr Stadtrat schon klar gesagt, dass der Gemeinderatsausschuss und auch das Hohe Haus hier einzubeziehen sein werden. Ich finde, dass diesbezüglich auch eine Untersuchungskommission oder ein Untersuchungsausschuss, wenn es sich um eine Landesmaterie handelt, auf keinen Fall vom Tisch sein sollte, auch wenn bis dato noch die nötigen Unterschriften nicht vorhanden sind, denn das strukturelle Problem bei den U-Kommissionen haben wir ja schon bei der Psychiatriekommission gesehen. Ich meine, wir haben zwar ein Minderheitenrecht, aber die Mehrheit bestimmt dann, wer aller zu hören ist, und dieses Spiel würde ja da genauso gespielt werden. Auch wenn die Kommission zustande kommt, beschließt halt dann die Mehrheit, dass niemand vor Ort zu hören ist, und dann reduziert sich das Ganze auf irgendwelche Sachverständigen, die dann kommen und uns erzählen, dass das vielleicht eh nicht so schlimm ist.

Da wäre ja dann ganz interessant zu sehen, wie sich die GRÜNEN verhalten. Ich kann mich noch an die Psychiatriekommission erinnern, wo die GRÜNEN damals ganz massiv dafür eingetreten sind, auch unmittelbar Betroffene, die freiwillig vor der Kommission aussagen wollten, zu hören. Das wäre wahrscheinlich heute, so wie man die GRÜNEN jetzt kennt und kennen gelernt hat, ganz anders.

Aber man kann dann durchaus die Ergebnisse der verschiedenen Kommissionen, das Faktenmaterial im Rahmen einer Untersuchungskommission einer politischen Bewertung unterziehen, und deswegen ist das Thema Untersuchungskommission auf keinen Fall vom Tisch und darf auch nicht vom Tisch sein. Denn eigentlich muss man sich schon die Frage stellen: Was soll denn noch alles passieren, damit der Gemeinderat von seinem schärfsten Untersuchungsinstrument Gebrauch macht? Da hat man schon bei weit weniger gravierenden und mit weniger Sprengkraft versehenen Dingen U-Kommissionen eingesetzt. Also ich glaube, das Thema U-Kommission ist vielleicht zur Zeit nicht realisierbar, sollte aber auf keinen Fall von der politischen Agenda verschwinden.

Meine Damen und Herren! Natürlich auch eine Frage der politischen Bewertung ist die Haltung der Justiz, und da gibt es ja einen breiten Bogen und auch eine Brücke zu den Vorkommnissen im Fall Kampusch. Man sieht ja, dass da honorigste Höchstgerichtspräsidenten agieren. Wir haben jetzt in der Kommission eine OGH-Präsidentin außer Dienst, es gibt zwei Höchstgerichtspräsidenten, Adamovich und Rzeszut, die werden ja nicht ohne Grund massive Kritik auch an den Ermittlungen der Polizei und dann im Weiteren der Justiz geübt haben. Und es ist schon eigenartig, dass da immer wieder die gleichen Vertreter der Justiz genannt werden. Es ist bei allem Respekt vor der politischen Unabhängigkeit der Justiz sehr wohl auch Aufgabe der politischen Gremien, dafür Sorge zu tragen, dass es hier keine einseitigen Vorkommnisse und keine einseitigen Handlungen gibt. Wenn immer wieder die gleichen Namen genannt werden, wenn sogar pensionierte ehemalige Höchstgerichtspräsidenten massiven Zweifel an der Korrektheit ausdrücken, dann bleibt auch dieses Thema auf der politischen Tagesordnung.

Wir sind gespannt. Ich meine, man ist ja nicht eingebunden worden in den Aufgabenbereich der Kommission, in die Fragestellungen, aber ich lasse mich jetzt einmal überraschen, welche Zwischenberichte die Kommission den politischen Gremien liefert, und ich bin mir sicher, dass wir heute nicht zum letzten Mal über dieses tragische Thema Kindesmissbrauch in städtischen Einrichtungen gesprochen haben werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Vettermann.

Abg Heinz **Vettermann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Am Anfang etwas Verbindendes, denn alle in diesem Landtag sind ja für schonungslose Aufklärung, und zwar lückenlos und auf allen Ebenen. Das geschieht ja auch. Ich werde einmal vielleicht zur Erinnerung sagen, was schon alles geschehen ist, damit man auch die Chronologie sieht, und komme dann auch dazu, was jetzt noch weiter geschieht.

Gleich als die ersten Vorwürfe laut geworden sind am 22. März, wurde eine Anlaufstelle eingerichtet, damals noch bei der MA 11, die dann auch mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft kooperiert hat. Im August hat die Stadt Wien öffentlich die Verantwortung dafür übernommen. Am 27. Oktober, als wir gesehen haben, es werden mehr Menschen, die sich auf Grund der Medienberichte melden, und weil der eine oder der andere gesagt hat, er möchte zu jemanden gehen, der nicht sozusagen das Gemeinde-Wien-Pickerl trägt, haben wir die Kooperation mit dem Weissen Ring begründet. Dies deshalb, weil es natürlich auch darum geht, dass man geschult ist im Umgang mit traumatisierten Personen. Das kann der Weisse Ring. Seine Mitarbeiter können auch aus Sicht der Opfer wirklich einfühlsam mit diesen sprechen, indem man den Opfern einmal von vornherein einen Vertrauensvorschuss gibt. Und das wird ja auch gut abgewi-

ckelt. Hier wird also Therapie angeboten, hier wird entschädigt, hier wird aber auch aufgenommen. Nicht alle wollen vor den Vorhang, viele nicht, und alle, die sich mit Traumata beschäftigen, wissen ja auch, dass das gar nicht die erste und vielleicht auch gar nicht die beste Verarbeitungsmethode ist.

Als es dann diese massiven Vorwürfe weiterhin gegeben hat, haben wir gesagt, okay, wir müssen das natürlich auch aufarbeiten, wie das alle jetzt fordern. Wir haben die HistorikerInnenkommission eingesetzt. Wir haben gesagt, wir dürfen nicht nur die Opfer zählen, sie werden gehört, es wird ihnen etwas gegeben, wir versuchen, das zu bündeln, sondern man muss auch die historische Tragweite aufarbeiten. Also die HistorikerInnenkommission wurde gegründet, und als es dann die ganz massiven und auch zahlenmäßig massiven Vorwürfe gegeben hat zum Wilhelminenberg, ist die Kommission Wilhelminenberg eingerichtet worden, und auch die ist ja unabhängig und hat jetzt mit der Arbeit begonnen. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Seit 1975 war das Ihren Parteigenossen bekannt! Das ist ja lächerlich!)* Irgendwas ist lächerlich, ich weiß nur nicht was. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Seit 1975 sind diese unglaublichen Zustände bekannt!)* Darauf komme ich noch. Auf das komme ich noch, was damals bekannt war und wie reagiert wurde. Natürlich glaube ich aus heutiger Sicht auch, dass ungenügend reagiert wurde. Darüber herrscht ja, glaube ich, kein Zweifel, und das wurde ja auch öffentlich schon gesagt.

Auf alle Fälle geht es ja auch weiter, denn die erste Sprechstunde unter der Leitung von Dr Barbara Helige, die nebenbei die Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte ist, hat stattgefunden. Sie hat am Freitag die erste Sprechstunde abgehalten. Und wir werden ja morgen die weitere Aufstockung der Mittel auf insgesamt 8,8 Millionen EUR beschließen. Ich gehe jedenfalls einmal davon aus, nachdem es ja im Ausschuss schon beschlossen wurde. Das heißt, es geschieht ja auch gleich morgen etwas. Es ist ja nicht so, dass man wie schon in der Vergangenheit sagt, arbeitet, arbeitet, und man reagiert gar nicht, sondern morgen werden wir wahrscheinlich kollektiv einen Akt setzen. *(StRin Veronika Matiassek: Aber das kann ja nicht alles sein!)*

Es gibt natürlich auch – Sie wissen es ja –, nachdem das eine Geschichte ist, die viele Bundesländer und auch Bundeseinrichtungen betrifft, auch jetzt die Möglichkeit, sich an die Volksanwaltschaft zu wenden. Auch die Volksanwaltschaft hat, glaube ich, 15 Dienstposten mehr bekommen, weil sie natürlich deutlich mehr Institutionen zu prüfen hat, weil die ja eine Bundeszuständigkeit hat. Also auch hier gibt es einen neuen Akzent.

Wir Wienerinnen und Wiener werden auch noch eines draufsetzen, nämlich wenn es aktuelle Fälle gibt, die jetzt sozusagen von der HistorikerInnenkommission, vom Weissen Ring nicht bearbeitet werden oder nicht den Wilhelminenberg betreffen, wird es eine Ombudsstelle geben. Auch da haben wir jetzt personell Vorsorge getroffen in der unabhängigen Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft, damit man auch da wieder eine Anlaufstel-

le hat, um sich dort hinzuwenden, wenn es sozusagen einen aktuellen Fall gibt.

Das alles ist jetzt in der Zukunft. Das wird es ab dem nächsten Jahr geben. Wir haben hier, glaube ich, wirklich massiv reagiert und eine breite institutionelle Möglichkeit geschaffen, dass sich Opfer melden können, dass sie gehört werden, dass es historisch aufgearbeitet wird, dass aktuelle Fälle behandelt werden können und dass dort, wo Bundeszuständigkeit ist, das auch – jetzt allerdings nicht von uns, sondern vom Bund – geklärt wird. Ich glaube also, dass uns von da her eigentlich kein Fall entgehen sollte, dass wirklich alle gehört werden und dass wir wirklich alle Fälle schonungslos aufklären können. Und das ist verbindend.

Was uns aber doch, glaube ich, ein wenig trennt, ist, wenn es darum geht, dass man neuerdings versucht, die Opfer politisch zu instrumentalisieren. Das, glaube ich, ist nicht in Ordnung, denn diese neuerliche Instrumentalisierung haben sich auch viele nicht verdient. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wieso Instrumentalisierung?*) Die Täter vor den Vorhang, einverstanden, aber da wäre es natürlich gut gewesen, wenn Sie selbst noch ein bisschen mehr Licht ins Dunkel gebracht hätten, außer von düsteren Verschwörungen zu reden, zu sagen, es gibt Seilschaften – keiner kennt sie –, es gibt Verbindungen. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Die gibt es!*) Ja, Sie haben gesagt, die BSA-Juristen haben sich bei einer Sitzung getroffen. Super! Also gratuliere! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das war so!*) Ja, ich zweifle an der Sitzung ja gar nicht, aber das sozusagen konkret als Vorwurf zu werten, war, finde ich, ein wenig enttäuschend.

Sie wissen ja, dass es viele Beschuldigungen gibt, wo unklar ist, wie es genau war (*Abg Mag Wolfgang Jung: Da können Sie nicht dagegen reden, weil das Protokoll öffentlich geworden ist!*), weil eben welche, die im gleichen Saal und im gleichen Kinderheim waren, Unterschiedliches erzählen, und da geht es eben darum, dass das nun aufgearbeitet wird. Da sind oft die Namen nicht klar, und Sie haben sich ja da in besonderer Weise in einer Geschichte hervorgetan, wo man sich gedacht hat, na gut, der kann auf keinen Fall mehr klagen, denn der ist schon tot. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Na, geh bitte!*) Ja, beim sogenannten „Jochen“.

Ich habe da eine APA-Meldung – ich gehe jetzt ein bisschen näher ran – von Opferanwalt Dr Johannes Öhlböck, der zu diesen Vorwürfen Stellung nimmt, dass er gesagt haben soll, dass das Herr Manfred Jochum sein soll, Ex-ORF-Hörfunkintendant, und dass er das identifiziert haben soll. In dieser APA-Aussendung wird er folgendermaßen zitiert: „Ich dementiere diese Mitteilung. Ich kann nicht bestätigen, das ich Opfern Fotos von Ex-ORF-Hörfunkintendant Manfred Jochum gezeigt habe, auf denen diese ihn als Peiniger 'Jochen' identifiziert haben.“

Das sagt der Anwalt. Sie sagen hier genau das Gegenteil, sozusagen auch im Schutz der Immunität hier stehend. (*Zwischenruf von Abg Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Ich weiß es nicht. Ich meine, ich habe den Opfern keine Fotos gezeigt, und Öhlböck sagt das anders. Glauben Sie ihm nicht? Ich habe das jetzt einmal vorge-

lesen, und ich finde es symptomatisch, wie Sie hier vorgehen.

Sie wissen auch, dass beim August-Aichhorn-Haus zwei Verfahren eingestellt worden sind, dass die, die das behauptet haben, dann ganz im Gegenteil, glaube ich, ihrerseits etwas zahlen mussten. Aber darum geht es ja auch mir überhaupt nicht. Sie sagen das nur deshalb, damit Sie dann behaupten können, Udo Jesionek ist deshalb sozusagen plötzlich unglaubwürdig bei Dingen, die schon lange eingestellt sind, wo nichts herausgekommen ist. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Was soll schon herauskommen?*) Aber Hauptsache, man kann jemanden anpatzen, der sich wirklich Verdienste erworben hat.

Auch da bitte ich Sie, einfach die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sicher nicht!*) Hier hat das alles nicht funktioniert. Es hat Angriffe gegeben. Die Verfahren sind eingestellt worden. Es ist nichts herausgekommen, und die, die das behauptet haben, sind, glaube ich, sogar zu Zahlungen verurteilt worden. Da weiß ich jetzt nicht genau, aber auf alle Fälle ist nichts übrig geblieben. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, ja!*) Ja, es ist nichts übrig geblieben, es ist gerichtlich geklärt, aber Sie nennen es wieder als einen Ihrer Belege dieser etwas merkwürdigen Seilschaftentheorie. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist Ihre Merkwürdigkeit, nicht unsere!*)

Die Frau Karlsson kenne ich persönlich auch ganz gut. (*Zwischenruf von Abg Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Ob sie sich freut, wenn ich sage, Sie lassen sie grüßen, weiß ich nicht, aber ich werde es auf alle Fälle erledigen. Auch da muss man ja sagen – ich habe das vor noch nicht allzu langer Zeit auch politisch und inhaltlich diskutiert, das können Sie sich ja auch vorstellen –, unstrittig ist, es hat einen politischen Auftrag an sie gegeben, diese Untersuchung durchzuführen. Der ist natürlich von den damaligen politischen Verantwortlichen gekommen und von der Leitung der MA 11, sonst wäre es gar nicht gegangen. Sie hat sich alle Einrichtungen angeschaut und hat dann gesagt, ungefähr 30, 40 Prozent sind aus ihrer Sicht Kindergefängnisse. Damit hat sie aber nicht organisierten Missbrauch, Sklaverei und andere Dinge gemeint, sondern sehr, sehr strenge Methoden der Erziehung, die sie damals abgelehnt hat, die ich heute ablehne und die sicher nicht in Ordnung waren.

Dass das vorgekommen ist, ist ja unstrittig. Sie wollte damals und sie will heute das gesellschaftliche Umfeld diskutieren, auch wenn es dem Kollegen Aigner nicht ganz so passt. Und weil auch die Spartakus-Bewegung schon angesprochen wurde, ich kann mich erinnern, dass ich schon als Kind – vielleicht war ich schon ein bisschen älter, aber noch nicht Jugendlicher – mitbekommen habe und dass es mich interessiert hat, dass man versucht hat, Kinder aus Heimen zu befreien. Ich weiß, dass ich damals – mein Vater hat damals auch schon die „AZ“ gelesen – einen sehr differenzierten Artikel gelesen habe. Als einzige Zeitung hat die „AZ“ geschrieben, dass es eigentlich wirklich arg ist, dass man da Kinder so einsperrt, alle anderen Zeitungen haben geschrieben, na bitte, man muss ja die Gesellschaft vor

den Kindern schützen, vor den sogenannten verwahrlosten Jugendlichen. Das war damals gesellschaftlicher Common Sense. Es hat keiner in der veröffentlichten Meinung gesagt, endlich zeigt das jemand auf, bravo, sondern es war eben eine andere Zeit.

Das möchte Karlsson aufarbeiten, und da kritisiert sie natürlich den Umgang mit Kindern und natürlich auch die Praxis, die es in den Wiener Heimen damals gegeben hat, denn zugegebenermaßen war das nicht gesellschaftlicher Common Sense, aber bei den Erzieherinnen und Erziehern hat es natürlich schon in den 70er Jahren ein klares Bewusstsein gegeben, was richtig ist, wie man es machen sollte. Die Fachdiskussion hat stattgefunden. Sie war ja eine der ExponentInnen und hat das auch veröffentlicht. Zwei Jahre später ist ja dann der Wilhelminenberg zugesperrt worden.

Wenn man jetzt sagt, das war alles zu spät, zu wenig, so kann man darüber ja wirklich auch diskutieren, denn das ist im heutigen Licht sicher anders zu bewerten, als es damals bewertet wurde. Das bewerte ich auch anders.

Eine Geschichte noch – ich habe mir da eine Liste mitgenommen –: Es wurde schon die Frau Gastinger genannt, die eben da auch bei LAMBDA war – weil Sie auch Barbara Helige diffamieren –, und im Rechtskomitee LAMBDA „Keine Liebe zweiter Klasse“ ist damals in ihrer Funktion als Vizekanzlerin und FPÖ-Vorsitzende auch Riess-Passer drinnen gewesen. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das wissen wir!*) Ja, gut, dass Sie das wissen. Ich wollte es nur erwähnen, weil Sie sagen, Helige ist im Verdacht, mit denen in einem engen Kontakt zu stehen. Sie ist ja eigentlich auch eine Freundin der Pädophilie, weil sie da dabei ist. Und wenn ich da jetzt Riess-Passer vorlese und Sie sagen, Sie wissen es, okay, dann wissen Sie es. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Hat Riess-Passer geschrieben, dass da Sechsbis Zwölfjährige missbraucht werden?*) Aber warum verwenden Sie es dann als Argument gegen andere Persönlichkeiten, die sich viele Verdienste erworben haben? Das ist mir unerklärlich.

Das ist ja eben auch eine Methode der FPÖ, finde ich, hier Schmutzkübel auf alle, die ernsthaft versuchen, die Vorwürfe aufzuklären, hinzuschütten und sie auch in unfassbarer Art und Weise zu diffamieren. Das lehne ich ab und das weise ich auf das Schärfste zurück. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Besonders die Unterstellungen Barbara Helige gegenüber – sie will nicht aufklären, ist ferngesteuert et cetera – sind ja eigentlich nur Ideologisch begründet, sie sind sozusagen parteitaktisch. Sie zerplatzen wie Seifenblasen. Sie hat die Arbeit aufgenommen, sie hat eine gute Kommission vorgestellt, sie arbeitet gänzlich unbeeinflusst von uns. Daher kann man auch nicht ständig zurufen und sagen, sagen Sie ihr das, sagen Sie der Kommission jenes! Das ist eine unabhängige Kommission, die sich dadurch auszeichnet, wenn man sie ernst nimmt, dass sie gerade nicht 10 000 Vorschriften von uns bekommt.

Dass sie als Vorsitzende der Richtervereinigung vielleicht der FPÖ nicht gefallen hat, muss ja noch nicht

gegen sie sprechen, sondern zeigt auch, dass sie ein unabhängiges Denken hat, und dass sie Vorsitzende der Liga für Menschenrechte ist, ist, glaub ich, eher als Pluspunkt – ich hoffe, auch in Ihrem Sinne – zu sehen.

Dass Sie auch Udo Jesionek in einer Tour als Leiter des Weissen Rings ständig schlechtmachen oder angreifen, ist ebenfalls zu hinterfragen, denn eigentlich führt es ja nur dazu, dass jeder, der nicht tut, was die FPÖ von ihm politisch haben möchte, mit Schlamm beworfen wird. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist Ihre Methode!*) Und das ist natürlich eine eigene Geschichte. Die einzigen Vorwürfe, die man ihm machen kann bei der Arbeit des Weissen Rings, ist, dass er sensibel vorgeht, dass er Therapie anbietet, dass er auf Seiten der Opfer ist und dass er sich an die Fakten hält. Wieso man deshalb angegriffen werden soll, weiß ich nicht, und das ist ebenfalls zurückzuweisen.

Aus meiner Sicht hat sich Udo Jesionek eigentlich sehr viel Lorbeeren verdient, und auch damals als Leiter des Jugendgerichtshofes hat er seine Arbeit sehr, sehr gut gemacht und steht außer jedem Zweifel.

Zu den sonstigen Wortmeldungen möchte ich zur Kollegin Anger-Koch sagen, es wird ja immer Vertraulichkeit zugesichert, und jetzt sind wir, soweit ich weiß, in der Situation, dass der Weisse Ring alle, die bei ihm waren, anschreibt, ob die Akten weitergegeben werden können. Man kann keine automatische Weitergabe vereinbaren, denn es ist ja klar, dass man, wenn jemand etwas vertraulich sagen will, dann nicht sagen kann, aber im Landtag hat es eine Forderung von der ÖVP gegeben – und sei sie auch noch so nachvollziehbar –, wir haben es gleich weitergeschickt, das ist eh in deinem Interesse, sondern man muss nachfragen. Das heißt, dort wo das Okay nicht gegeben wird, wird es keine Weitergabe geben, und das ist ja auch richtig und gut so.

Und was die Meldungen betrifft: Man kann sich natürlich weiterhin melden, auch wenn das jetzt klarerweise langsam abebbt, weil sich natürlich alle, die sich durch diese vielen Medienberichte und Aufrufe aufgerufen gefühlt haben, jetzt langsam gemeldet haben. Aber da wird die Deadline sicher nicht so streng gehandhabt, weil die Kommissionen ja weiterarbeiten. So lange sie tagen, wird auch eine Meldung möglich sein.

Es wird ja auch einen Zwischenbericht geben, den wir dann im Ausschuss diskutieren und im Anschluss auch hier.

Und zum Kollegen Aigner gesagt wegen der Zeitumstände. Ich meine, das kann keine Ausrede sein und es soll auch nicht dazu führen, das man sagt, okay, wir haben zwar die Verantwortung übernommen, aber letztendlich kann ja niemand was dafür, denn nur das Äußere war schuld. Das, glaube ich, soll nicht herauskommen, aber die Dinge aufzuarbeiten, muss schon auch möglich sein. Wenn die HistorikerInnenkommission arbeitet, wird die natürlich alle anderen Umstände auch berücksichtigen. Sie wissen ja selbst, dass es in vielen anderen Einrichtungen in anderen Bundesländern in Österreich solche Fälle – losgegangen ist es ja mit katholischen Einrichtungen – und solche Vorwürfe gegeben hat. Dass man sich das daher im Gesamten ansieht und in irgend-

einer Form versucht, das auf ein Umfeld zurückzuführen, ist, glaube ich, legitim, es soll uns aber dazu führen, dass man daraus eben auch Schlüsse zieht.

Es ist gefragt worden, welche Schlüsse man daraus ziehen kann. Also ich zum Beispiel ziehe schon den Schluss daraus, dass es – das ist einmal von der ÖVP gefordert worden und nicht von der FPÖ zugegebenermaßen – nach allem, was wir heute wissen, keine so gute Methode ist, Jugendliche in Boot Camps unterzubringen, also in militärische Straflager zu stecken, und dass es auch nicht wirklich zur Weiterentwicklung der jeweils betroffenen Jugendlichen führen würde.

Das heißt, solche Lehren daraus zu ziehen, das ist ja nicht nur wichtig, sondern eigentlich unabdingbar, und die Ergebnisse müssen danach natürlich auch politisch diskutiert werden. Das ist auch klar. Das muss zuerst im Ausschuss diskutiert werden und dann natürlich hier im Hohen Haus auch. Also die politische Bewertung obliegt natürlich der Politik, und es wird ja auch so sein. Ich meine, ich habe auch keinen Zweifel daran, dass das noch eine heftige Debatte wird, und dass vieles, was wir heute gehört haben, dann noch einmal, allerdings unter einem härteren Faktenlicht, betrachtet werden wird.

Wir haben ja auch zu Fragestellungen aufgefordert, und ich habe gesehen, es sind heute auch einige gekommen. Ich glaube, es ist schon gut, dass man auch Fragestellungen bringt, auf die wir dann auch Antworten haben wollen, weil das die Diskussion voranbringt.

Diesen Theaterdonner mit den Anträgen können Sie sich aber sparen, denn Sie wissen ja, dass fast alles, was Sie fordern, erfüllt wird. Zum Beispiel das Skartierungsverbot, von dem immer geredet wird. Der Magistratsdirektor hat das schon lange ausgesprochen. Es ist ganz klar, es wird nichts mehr skartiert. Alle Akten und Fakten, die es gibt, sind übergeben worden. Im Gegensatz zu den 30 Jahren, die eigentlich teilweise vorgesehen waren, hat man sich ohnehin mehr Zeit gelassen. Die Akten sind zu einem großen Teil noch da, was gut ist, und es wird neuerdings nichts mehr vernichtet.

Dass es verpflichtende Weiterbildung gibt, ist ja schon lange durchgeführt, und ich bin dagegen, dass wir Dinge beschließen, die es seit Jahren gibt, von denen wir wissen, es ist schon geschehen. Das ist Theaterdonner, und ich meine, es bringt ja nichts, wenn man sagt, das, was es gibt, das beschließen wir heute als Forderung. Wozu soll das dienen? Es gibt diese verpflichtende Weiterbildung, es gibt die unangekündigten Kontrollen, nur Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen in dem Sinn, dass Sie sagen, Sie fordern es, damit sozusagen unterstellend, dass das nicht passiert. Aber es passiert, und die MA 11 macht es auch.

Das wurde übrigens auch bei unserem Ausschuss gut beantwortet. Da hat es ja diese Fragen gegeben. Es waren Kolleginnen und Kollegen da, und die haben das in einer klaren Art und Weise beantwortet. Damals hat es keine weiteren Fragen gegeben, weil ja sonnenklar war, wie das läuft und dass das alles erledigt ist. Heute aber, einige Wochen später, kommen, schwuppdwupp, die Fragen, die beantwortet sind, als Forderungen wieder, und das ist eigentlich unernst. An diesen parteipoliti-

schen Angriffen merkt man die Absicht und ist verstimmt.

Meiner Ansicht nach geht es jetzt darum, schnell zu arbeiten. Der Gemeinderat wird morgen die Mittel zur Entschädigung beschließen, und wir werden dann diskutieren, wenn Berichte auf dem Tisch liegen. Es geht also jetzt darum, volle Kraft in die Aufklärung aller Vorwürfe zu legen, da aber keine Vorverurteilungen und auch keine Weißwaschungen vorzunehmen, sondern einfach die Fakten zu sammeln und sich dann der Verantwortung zu stellen. Ich glaube, das ist der richtige Umgang. So sollten wir es gemeinsam handhaben. – Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Es freut mich, dass ich heute eine Klasse aus dem 4. Bezirk, aus der Schaumburggasse, samt Lehrkräften begrüßen kann. Wir begrüßen Sie in der heutigen Landtagssitzung recht herzlich, und ich darf feststellen, dass heute eine interessante, wenn auch recht bedauerliche Angelegenheit besprochen wird, und Sie hier teilhaben können.

Die Redezeit jedes weiteren Redners ist nunmehr mit 15 Minuten begrenzt. Als nächster Redner ist Abg Dr Ulm gemeldet. – Bitte sehr.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ohne den Endbericht oder auch nur einen Zwischenbericht der Helige-Kommission zu kennen, wissen wir, dass in Kinderheimen der Stadt Wien Kinder gequält und misshandelt wurden. Laut Irmtraut Karlsson gab es strukturelle Gewalt und laut StR Oxonitsch Erziehungsmethoden des Dritten Reiches. Allein das zu wissen, ist erschütternd. Es erschüttert uns das Leid der Kinder, es erschüttert uns aber auch das Versagen der Stadt, der Verwaltung und der beteiligten Personen.

Jugendwohlfahrt, Jugendamt, Kinderheime – das ist Kernkompetenz der Stadt Wien. Die Stadt hat in einer ihrer Kernkompetenzen versagt, in einem Bereich, den sie selbst gestalten kann und eigenständig organisiert. Die Kinder litten nicht fernab an uneinsehbaren, versteckten, privaten Tatorten, sie litten vor den Augen von Bediensteten der Stadt Wien. Sie hätten Anspruch gehabt auf Nähe, Anerkennung, Liebe und Zuspruch. Das Gegenteil haben sie bekommen. Die Stadt konnte den versprochenen Schutz und die zugesagte Hilfe nicht gewähren. Die Kinder wurden nicht behütet, keine schützende Hand über sie gehalten. Mitarbeiter der Stadt wurden zu Tätern an ihren Schutzbefohlenen.

Wie konnte das passieren? Wir erwarten eine Antwort von StR Oxonitsch, aber auch von Bgm Häupl. Wie konnten so viele Beamte und Vertragsbedienstete solche Fehlleistungen, einige von ihnen sogar Verbrechen, begehen? Wo war die Dienstaufsicht, wo waren die Revisionen, wo waren die Kontrollen? Was machte die Heimleitung, was machten die Inspektoren, was machte die Abteilungsleitung, was machte die zuständige Stadträtin? Wieso ist niemandem etwas aufgefallen – nicht Amtsärzten, nicht Hausärzten, nicht Pädagogen, Juristen, Hausarbeitern?

Welche grundsätzliche Einstellung herrscht in der zuständigen Magistratsabteilung Kindern gegenüber im

Allgemeinen und gegenüber Kindern in Kinderheimen im Besonderen? War das Kindeswohl ein sinnentleerer Begriff? Ging es nur um das Wohl der Erwachsenen, um das Zusammenhalten unter Erwachsenen, wo man sich keinen herauschießen lässt? Wurde nirgendwo über die Zustände gesprochen? Waren die Fehlleistungen und Verbrechen nie ein Thema in einer Heimleiterbesprechung, einer Abteilungsleiterbesprechung, nie Thema in einem Stadtratbüro, in der Personalvertretung, in der Gewerkschaft, in Gesprächen zwischen Gewerkschaft und Dienstgebervertretung?

Es gibt sehr viele Fragen, die nicht ansatzweise beantwortet sind. Und es ist auch noch eine andere Frage offen: Wie wird sichergestellt, dass so etwas nie wieder passieren kann?

Wir warten auf die Beantwortung dieser Fragen, und wir warten auf eine Entschuldigung: auf eine Entschuldigung für das Versagen der Stadt, auf eine Entschuldigung der Repräsentanten dieser Stadt, durch StR Oxonitsch und Bgm Häupl.

Präsident Johann **Herzog**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Abg Akkilic. Ich erteile es ihm.

Abg Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Es ist tragisch genug, über Kindesleid, über Gewalt gegen Kinder, die sie in einem unglaublichen Ausmaß gelitten haben, hier heute zu sprechen, und es braucht eine Verantwortung, eine sensible Umgehensweise mit der Zeit von damals, aber auch Rücksichtnahme auf Kinder und Jugendliche von heute, auch – ich sage es ganz offen – Rücksichtnahme auf mögliche Opfer von heute, denn alles, was wir wollen, ist die Aufklärung der Taten, die damals passiert sind.

Diese Fragen, Herr Ulm, wie das passiert ist, interessieren mich genauso. Deshalb hat die Stadtregierung gehandelt und eine Historikerkommission errichtet. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist nicht um Geschichte! Das sind Straftaten!*) Wir warten nicht nur auf die Ergebnisse dieser Historikerkommission, wir arbeiten aktiv daran mit, dass diese Kommission auch die richtigen und wichtigen Ergebnisse liefert.

Aber gehen wir einmal zu der damaligen Zeit zurück. Sie reden von einem System im roten Wien. Ich glaube, dass dieser Gemeinderat damals nicht nur aus der SPÖ bestanden hat. Diesem Gemeinderat haben auch Oppositionsparteien angehört wie zum Beispiel die Freiheitliche Partei, wie zum Beispiel die Österreichische Volkspartei. (*Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Jetzt komme ich nämlich zu den Aufgaben der Opposition, zu den Kontrollaufgaben der Opposition. Schauen Sie, Herr Gudenus, eine gute Oppositionspartei betreibt Opposition und hetzt nicht in alle Richtungen. Das, was Sie machen, das hat mit Politik nichts mehr zu tun, sondern Sie gehen her und brüllen und schreien und glauben, Sie machen Politik. Also wo war damals, 1973, die Freiheitliche Partei? Ich nenne die Herren Bauer Holger, Hirnschall Erwin, Krenn Otto. Vielleicht fragen Sie einmal bei denen nach. Jetzt muss ich einmal ein bisschen böse werden zu Ihnen und sagen: Wenn es ein System gege-

ben hat, haben Sie vielleicht zu diesem System gehört? Warum haben Sie damals nichts getan? Warum haben Sie damals nichts gesagt? (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ja, schauen Sie, wer austeilern kann, muss auch einstecken können. Sie haben hier genug ausgeteilt. (*Beifall bei den GRÜNEN und von Abg Dr Kurt Stürzenbecher.*)

Also eine seriöse Oppositionspolitik haben Sie anscheinend damals wie heute nicht betrieben. Sie betreiben heute auch keine seriöse Oppositionspolitik und schmeißen einfach mit wilden Worten umher. Sie haben LAMBDA und dazugehörige Mitglieder diffamiert. Entschuldigen Sie, zu LAMBDA gehören namhafte Politiker und Politikerinnen Österreichs. Sie unterstellen denen eine Nähe zu Pädophilie. Sind sie noch zu retten? Können Sie das beweisen? Haben Sie Belege in der Hand? (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Aber es ist ja Ihre ständige Argumentationslinie. Wenn es um irgendwelche Unterstellungen irgendwelcher Bevölkerungsgruppen geht, kommen Sie mit irgendwelchen Behauptungen.

Sie haben das mit den Fahrscheinen und Öffi-Preisen in Wien genauso getan und haben überall ausgesendet, Rot-Grün macht Einzelfahrschein um 2,40 EUR. Was ist rausgekommen? 2 EUR! Also ein bisschen mehr Seriosität, meine Damen und Herren, ein bisschen Seriosität in dieser Frage. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Sie machen Ungeheuerlichkeiten und reden von Seriosität!*) Aber es geht um eine bewusste Falschinformation nach außen. Sie informieren die Bevölkerung bewusst falsch. Sie führen die Bevölkerung auf einen falschen Weg. Der Einzelfahrschein mit 2,40 EUR war nie im Gespräch. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Der Einzelfahrschein sollte 1 EUR kosten!*) Sie haben überall 2,40 EUR geschrieben. Das ist Ihre Informationspolitik. Die kann man nicht mehr ernst nehmen.

Aber was ist wichtig, meine Damen und Herren? Diese Auseinandersetzung, in welche Richtung geht unsere Bildungspolitik beziehungsweise wie gehen wir mit Kindern und Jugendlichen in Zukunft um, beschäftigt uns heute nach wie vor, und wir haben hier genauso zwei grundsätzliche Entwicklungen in dieser Politik.

Sie sind für eine Law-and-Order-Politik – das hat meine Kollegin Birgit Hebein ganz schön ausgeführt –, Sie wollen Camps haben, Sie wollen Jugendliche nicht begleiten, sie wieder für das Leben gewinnen, sondern Sie wollen in erster Linie Strafen sehen bei Jugendlichen und Kindern.

Unser Weg ist ein anderer. Unser Weg ist der Weg, den damals die Spartakus-Bewegung gegangen ist, nämlich die Öffnung der Heime. Wir wollen hier eine gute Linie vertreten für Jugendliche, wo wir die Jugendlichen als Personen ernst nehmen, als Subjekte ernst nehmen und ihnen die Möglichkeit geben, dass sie sich, auch wenn es zu Missbrauchsfällen kommt, auch wenn es zu Gewalt an Kindern kommt, an uns wenden können, an die Beratungseinrichtungen wenden können. Unser Ansatz ist Stärkung der Jugendlichen, damit sie hinausgehen können. Und dieser Ansatz fehlt Ihnen, weil Sie für eine Law-and-Order-Politik sind.

Zum Abschluss, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei: Wir sind nicht in einem Fußballsta-

dion, und wir sind auch nicht im Gerhard-Hanappi-Stadion, wo Sie den blauen Sektor bilden. Hier ständig Stimmung für sich zu machen, bringt gar nichts. Also Sie wissen ganz genau, wer in diesem blauen Sektor im Hanappi-Stadion sitzt. Die Gäste. Die gehen wieder einmal. – Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abg Nepp. Ich erteile es ihm.

Abg Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauergalerie!

Wir reden jetzt schon wirklich seit Jahren davon, dass im Bereich der Jugendwohlfahrt etwas geändert gehört, aber es geschieht nichts. In Wien werden diese Probleme negiert. Sie machen genau das, meine sehr geehrte Damen und Herren von SPÖ und GRÜNEN, was die roten Politiker in den 70er und 80er Jahren gemacht haben: Sie schauen weg. Und wer bei Kindesmissbrauch wegschaut, begibt sich auf das gleiche tiefe Niveau wie die Täter selbst, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt zahlreiche Forderungen der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Wir haben das letzte Mal auch ein Konvolut an Anträgen eingebracht, wobei Sie grundsätzlich immer alles von uns insgesamt abgelehnt haben. Damals haben wir es aufgeschlüsselt in die Punkte 1 bis 11, und, Frau Kollegin Hebein, damals war auch eine Forderung nach Einsetzung einer bundesweiten Kommission dabei. Darum verstehe ich nicht, warum Sie das jetzt fordern, wenn Sie schon damals hätten zustimmen können. Aber ich glaube, Sie wissen gar nicht mehr, was Sie wollen oder was Sie noch dürfen als rotes Beiwagerl in dieser Stadtregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber es gab ja auch schon in letzter Zeit viele Anlassfälle, wie der Fall Cain, wie der Fall Kevin, wo wir aufgezeigt haben, dass es einen Fehler im System gibt, nämlich das Problem einer fehlenden Vernetzung verschiedener Stellen. Auch da kam von Ihnen ein ständiges Nein. Anscheinend wollen Sie Kinderschutz nicht vorantreiben, anscheinend ist Ihnen das keine Herzenssache. Das haben Sie nicht gemacht, bei Ihnen steht Ihr eiskaltes Nein anscheinend in Ihrem Parteiprogramm – zum Leidwesen unserer Kinder. Wir lassen aber nicht locker. Deswegen bringen wir auch diesmal wieder einen Antrag ein, der einen umfassenden Forderungskatalog beinhaltet.

„Der Landtag möge beschließen: Die zuständigen amtsführenden Stadträte werden aufgefordert,

a) die Einführung von Kontrollmechanismen für Einrichtungen der Gemeinde Wien sowie für Vertragseinrichtungen beziehungsweise Einrichtungen bei Einzelweisungen zu veranlassen sowie ein Mitspracherecht von Kindern und Jugendlichen und regelmäßige Besprechungen mit dem Fachpersonal über Anliegen, Beschwerden oder Änderungswünsche einzuführen;

b) endlich eine Heimordnung durchzusetzen, in der die Festlegung klarer Verfahrensregeln in Fällen sexueller Grenzverletzung durch Mitarbeiter beziehungsweise Kinder und Jugendliche geregelt ist;

c) endlich eine Ombudsstelle, die von Ihnen ständig angekündigt wird, aber anscheinend nur ein Lippenbekenntnis ist, einzurichten, die nicht nur auf interne sondern auch auf externe Ansprechpartner verweist;

d) die Einrichtung einer Plattform zur Verbesserung der Kooperationsformen bei Schnittstellen Medizin, Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Weiters fordern wir eine Überprüfung aller Heime und nicht nur des Heimes Schloss Wilhelminenberg, sondern eine landesweite Überprüfung.

Weiter sollen Sie Sorge tragen für die Implementierung der Kinderrechte in das Wiener Landesjugendwohlfahrtsgesetz.

Die Dienstvorschriften des Fachpersonals gehören endlich konkretisiert. Auch eine regelmäßige Aus- und Weiterbildung soll sichergestellt werden.

Auch die Skartierung und Vernichtung aller Personalakten von Mitarbeitern muss eingestellt werden."

Wenn der Kollege Vettermann meint, das ist ohnehin schon der Fall, dann darf ich nur an den Sonderausschuss erinnern, wo zwar bestätigt wurde, dass die Akten in Heimen nicht mehr vernichtet werden, die Personalakten aller Bediensteten allerdings sehr wohl, und zwar mit Erreichen des 68. Lebensjahres. Also auch das sollte eingestellt werden, um hier endlich Klarheit zu schaffen.

„Weiters wird die Wiener Stadtregierung auch aufgefordert, bei der Bundesregierung zu intervenieren, um einen umfassenden Schutz der Kinder vor Missbrauch durch die Einrichtung einer bundesweiten Kommission, die Missbrauchsfälle in öffentlichen Einrichtungen aufarbeitet sowie als Anlaufstelle für Missbrauchsoffer fungiert, zu gewähren.

In formeller Hinsicht wird sie sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Endeffekt muss alles darauf hinauslaufen, dass Kinderschänder lebenslang bestraft werden, denn es kann nicht sein, dass Opfer lebenslange Folgen haben, die Täter aber nicht. Es darf keine zweite Chance für Täter geben, denn den Opfern gibt man auch keine Chance, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es gehört eben nicht nur das Schloss Wilhelminenberg überprüft von einer Kommission, die Sie selber einsetzen – den Fragenkatalog dazu werden wir nicht allein einbringen, sondern nachher als Vierparteiantrag; das nur zur Information, meine sehr geehrten Damen und Herren –, sondern es gehört endlich eine Untersuchungskommission eingerichtet. Da verstehe ich wirklich die ÖVP nicht. Bis jetzt waren Sie anscheinend beschäftigt, einen Obmann zu suchen, jetzt haben Sie endlich einen, aber der Vorgang dürfte anscheinend so gewesen sein: Alle in eine Reihe, wer Obmann werden will, tritt einen Schritt vor. Alle sind einen Schritt zurückgegangen, und der Einzige, der stehen geblieben ist, war der Herr Kollege Juraczka. Aber trotz neuen Obmanns bleibt leider alles beim Alten. Sie wollen anscheinend keine Untersuchungskommission einsetzen.

Das ist sehr schade, denn wir trauen dieser Helige-Kommission nicht. Und warum, kann ich Ihnen erklären: Weil diese Helige-Kommission eine reine Vertuschungs-

kommission ist. Frau Dr Barbara Helige, eine rote Parteigenossin von Ihnen, war ja auch als rote Ministerin im Gespräch, und anscheinend soll bei dieser gesamten Kommission eines herauskommen, und zwar nichts. Denn – der Kollege Gudenus hat das schon erklärt – die gesamte Nähe dieser Szene um Frau Dr Helige zu diesem Rechtskomitee LAMBDA ist ja schon mehr als fraglich (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Laut FPÖ!*), auch wenn immer wieder kommt, dass Gastinger und Riess-Passer damals dabei waren. Das heiÙe ich persönlich auch nicht gut, aber sie haben sicher nicht so geschrieben, wie ein Proponent und Chef von LAMBDA, nämlich der Rechtsanwalt Dr Graupner, der eben ein glühender Verfechter der generationenübergreifenden Sexualität ist. Er hat geschrieben: „Bis zur Hälfte der Beziehungen von 12- oder 13-Jährigen zu Erwachsenen ist durch eine gegenseitige Zuneigung begründet. Diese Beziehungen gleichen oftmals normalen Partnerschaften homo- oder heterosexueller Natur, und es ist allein das Gesetz, das dies zu einem Objekt juristischer Untersuchung macht.“ Genau das sind diese Aussagen von diesem Proponenten von LAMBDA.

Ähnlich sieht es auch die Frau Perner, die ja da in einem „profil“-Artikel irgendwie ihren Senf dazu abgibt und die die Beschreibung von Pädophilie als Unrecht empfindet, weil da immer das Thema Gewalt einfließt, et cetera. Wirklich ganz komische, abscheulich und widerwärtige Sachen.

Oder eben auch Prof Dr Jesionek, der unterstützt wird von LAMBDA und Chef des Weissen Rings ist, der im August-Aichhorn-Haus Vorstand war, wo auch abscheuliche Sachen stattgefunden haben, aber nicht damals in den 70er Jahren, sondern erst unlängst. Auch der ist dabei bei LAMBDA.

Und das alles, dieses gesamte Umfeld dieser Frau Helige heißen Sie anscheinend gut. Viele von Ihnen müssen doch selbst Kinder haben, oder? Was ist, wenn das ihr Kind betrifft. Teilen Sie dann diese Auffassungen von diesem Rechtskomitee LAMBDA auch? Das ist doch wirklich abscheulich und widerlich.

Aber anscheinend sucht man diese Frau Dr Helige gezielt aus, weil von der erwartet wird, genau das zu tun, was Sie wollen, nämlich vertuschen, und die bereits angekündigt hat, nicht das gesamte Missbrauchssystem untersuchen zu wollen, sondern einzig und allein die Gräueltaten im Schloss Wilhelminenberg, obwohl die Kinder- und Jugendanwaltschaft schon bestätigt hat, dass nicht nur ein Heim betroffen war, sondern bis zu 18 Heime betroffen sind, wo Gewalt und Sexexzesse in diesen Kinderheimen stattgefunden haben, die damals ignoriert wurden. Aber anscheinend interessiert das niemanden. Man will nur ein bisschen was prüfen und nicht das Ganze.

Zudem lässt man die Frau Dr Helige gleich ihre Kommission aussuchen, deren Mitglieder allesamt parteitreu sind. Da gibt es eine Frau Schmucker, die ja als OGH-Senatsvorsitzende anscheinend nicht nur beruflich in der Justiz zu Hause ist, denn eine Schweizer Nachrichtenagentur hat ja schon bestätigt, dass es zahlreiche Anzeigen gibt wegen Unterdrückung von Beweismitteln,

Begünstigung, Amtsmissbrauch. Also dürfte diese Dame schon Routine haben in der ihr zgedachten Aufgabe, nämlich der Vertuschung.

Aber auch die Psychologin Wörgötter, die aus dem Umfeld von Max Friedrich stammt, ist für ihre Gefälligkeitsgutachten berüchtigt. Beim Bezirksgericht Döbling, das zufälligerweise auch die Frau Dr Helige leitet, hat sie ohne Auftrag ein psychiatrisches und kinderpsychiatrisches Sachverständigengutachten vorgelegt, obwohl sie für dieses Fachgebiet gar nicht befähigt war und nicht einmal zugelassen war. Ohne Begutachtung der Kinder – die hat man damals nicht einmal befragt – empfahl sie schon eine Heimunterbringung und hat die Kinder einfach ins Heim gesteckt. Na, super! So eine Frau ist perfekt für eine Vertuschungskommission.

Und der letzte Streich der Frau Helige ist der Sozialhistoriker Michael John. Er ist natürlich auch nicht unabhängig. Er ist auch ein glühender Sozialist und Genosse und hat als Sozialarbeiter bei den Jugendzentren der Stadt Wien gearbeitet.

Das ist eine Vertuschungskommission, meine sehr geehrten Damen und Herren, und deswegen haben wir auch damals im Gemeinderat den Antrag gestellt, diese Vernichtung der Personalakten zur Aufklärung einzustellen. Aber, nein, das wurde von Rot-Grün niedergestimmt. Rot-Grün will weiter diese Akten vernichten, Rot-Grün will alles unter den Tisch kehren. Wir Freiheitliche fordern eine umfassende Aufklärung und keine rote Vertuschung, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Deswegen gibt es auch diesen Fragenkatalog, der dann eben auch als Vierparteiantrag eingebracht wird, der sehr viel umfasst, einerseits jetzt spezifisch den Karlsson-Bericht, wo eben gefragt wird: Wurde das Kinderheim Schloss Wilhelminenberg in der fraglichen Zeitspanne überprüft? Gab es Berichte? Was geschah mit diesen Berichten? Wie wurde überhaupt in entsprechender Art und Weise auf diese Berichte reagiert? Wurde nach Fertigstellung des Karlsson-Berichtes überhaupt mit der Aktenvernichtung weiter fortgefahren? Man hätte schon damals alles aufheben und sagen können, es könnte einmal eine juristische Relevanz bekommen. Und wenn ja, wer war damals zuständig für die Vernichtung dieser Akten? Das wäre auch einmal eine interessanter Fragestellung. Wie wurde damals überhaupt reagiert hier vom Gemeinderat und von der Stadtregierung?

Und wenn der Herr Akkilic herauskommt und meint, der Herr Bauer und der Herr Krenn hätten nicht reagiert, dann muss man ja sagen, die gesamte Bevölkerung hat nicht reagiert. Warum haben die nicht reagiert? Weil es nur ein kleiner Teil wusste, weil vertuscht wurde. Die Frau Karlsson berichtet ja selbst über Zwischenberichte, die sie abgeliefert hat, über Rohdaten, die sie abgeliefert hat. Alles ist heutzutage nicht mehr auffindbar. Und wenn man sich die Aussagen und Interviews der Frau Karlsson wirklich einmal näher anschaut, dann ist dieser Karlsson-Bericht ja wirklich eine Gute-Nacht-Geschichte, weil sich darin nichts mehr von dem wiederfindet, was sie gesagt hat. Also kann man wohl davon ausgehen, dass diese gesamten Misshandlungen, die damals stattgefunden

haben, auf Weisung, vielleicht auf Weisung der damals Zuständigen einfach gestrichen und vertuscht wurden.

Aber man darf nicht vergessen, man wird sich auch noch weitere Leute anschauen müssen wie zum Beispiel den Dr Heinrich Gross mit seinem Spiegelgrund. Das wird sicher auch noch bei den nächsten Fragen, die wir stellen werden, ein Kapitel sein. Oder auch eine Ihrer linken Säulenheiligen, die Ute Bock, die ja bereits ihr Geständnis schon in Form eines Zeitungsinterviews abgegeben hat, wo sie gesagt hat, wie sie die Kinder geschlagen hat und wie es damals im Heim zu blutverschmierten Wänden gekommen ist. Alles Ihre linken Freunde, die werden wir auch noch untersuchen! Und Jochum, Gross und Bock werden nicht die Letzten sein, die wir in diesem Netzwerk von Ihnen aufdecken, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben eben diese knappen 47 Fragen zusammengestellt. Aber ich kann Ihnen versichern, das werden nicht die letzten Fragen werden. Viele zahlreiche weitere unangenehme Fragen werden folgen. Das ist erst der Anfang. Wir lassen sicher nicht wieder alles unter den Teppich kehren, denn wir sind den Opfern, die sich bei uns gemeldet haben, im Wort und kämpfen so lange, bis alles ans Tageslicht kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächste Rednerin ist die Frau Abg Novak gemeldet. Ich ersuche darum.

Abg Barbara **Novak** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Präsident!

Umfassende Aufklärung, seriöse Behandlung, Ernsthaftigkeit, Sachlichkeit im Thema, Wertschätzung und Respekt an die Opfer, das hat sich jedes Opfer von Kindesmissbrauch, von Unterdrückung, von jeglicher Misshandlung in einer Einrichtung der Stadt Wien oder in einer Einrichtung, wo es untergebracht war, verdient.

Ich bin oder ich gehöre einer Generation an, für die es selbstverständlich ist, dass Kinder Rechte haben, für die es selbstverständlich ist, dass, wenn Kinder in Einrichtungen der Stadt Wien untergebracht werden, sie ordentlich, liebevoll, fürsorglich, umfassend und gut betreut werden, pädagogisch nach den besten Maßstäben und, wie man so schön sagt, State of the Art. Ich gehöre einer Generation an, für die es selbstverständlich ist, dass Kinder Rechte haben, gleichbehandelt werden, dass sie als Menschen behandelt werden und ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind. Das war nicht immer so und anhand dieser Fälle, die jetzt in den letzten eineinhalb Jahren auch öffentlich geworden sind und vieler anderer Fälle, die es auch schon mal in der Vergangenheit gegeben hat oder die wir aus dem Bereich zum Beispiel der Kirche oder anderer Einrichtungen erfahren haben, wissen wir das und haben wir das gelernt. Aufklärung ist das wichtigste Schlagwort in dieser Debatte, Aufklärung darüber, was mit den Einzelfällen passiert ist, Aufklärung darüber, welche Straftaten in diesen Einrichtungen passiert sind, und nicht nur Aufklärung, sondern, sofern das juristisch noch möglich ist und ich würde mir in manchen Bereichen eine Änderung der Gesetze hier auch wünschen, dann auch die Konsequenzen bei den

Tätern zu haben. Aufklärung darüber, wie die systematischen Bedingungen waren, Aufklärung darüber, wie die gesellschaftlichen Bedingungen waren und Aufklärung darüber, ob es eine politische Verantwortung gibt und gegeben hat und wer diese politische Verantwortung zu tragen hat. Alles Fragen, die uns, glaube ich, gemeinsam beschäftigen, jeden einzelnen Abgeordneten für sich und die natürlich auch mich beschäftigen und die vielen Fragen - und ich unterstütze nicht nur den Vierparteiantrag, ich hätte auch den einzelnen Antrag unterstützt -, die Sie aufgelistet haben, weil es auch Fragen sind, die mich beschäftigen und weil ich glaube, dass es zu jeder dieser Fragen eine umfassende und hoffentlich gute Antwort geben soll und geben wird. Fakt ist aber auch, dass es viele kritische Kräfte aus sozialdemokratischen Kreisen, aus der Kinderfreunde-Bewegung, viele kritische Kräfte aus der Bewegung zum Beispiel auch der Jungschar oder der PfadfinderInnen, viele kritische Kräfte aus anderen Einrichtungen und Bewegungen gegeben hat, die dann in Folge der 60er und 70er und der ersten Vorwürfe dafür gesorgt haben, dass es zu einer gesellschaftspolitischen Veränderung kommt und dann dafür gesorgt haben, dass es auch auf politischer Ebene und im System zu einer Veränderung kommt und schlussendlich in Wien zu einer großen Heimreform geführt hat, die in den sozialpädagogischen Einrichtungen, Wohngemeinschaften geendet hat.

Jeder Täter, jeder, unabhängig davon, ob er Mitglied in einer kirchlichen Einrichtung, Konfession, Verein, einer Partei, einer Kommune, einer sonstigen Bewegung, einer Verbindung, et cetera, ist, ist zu verurteilen, jeder. Und es ist nicht in Ordnung, hier einzelne Täter herauszugreifen und zu verurteilen und eine Partei oder Abgeordnete, die hier sitzen, mitverantwortlich dafür zu machen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Jeder Täter, unabhängig davon, wo er sich befindet oder befunden hat, ist zur Rechenschaft zu ziehen und zu verurteilen.

Da kommen immer so Vorwürfe. Ich möchte etwas zu diesen Vorwürfen sagen: Sollte ein Mitglied dieses Hauses Kenntnis davon haben, dass ein anderes Mitglied dieses Hauses eine Straftat, sei es *(Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.)* ein Kindesmissbrauch - lassen Sie mich ausreden, Herr Kollege Jung -, ein Mord, et cetera, und all diese Dinge haben Sie hier angeführt, dass sie vorgefallen sind, sollte ein Mitglied dieses Hauses Kenntnis darüber haben, dass ein anderes Mitglied dieses Hauses diese Straftaten vertuscht, dann gehe ich davon aus, dass dieses Mitglied schon Anzeige bei der Staatsanwaltschaft geleistet hat, wenn es Kenntnis darüber hat *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist ja schon längst gemacht worden!)*, denn es ist auch diese Vertuschung eine Straftat. Und wenn Sie sich hier rausstellen, Herr Kollege Gudenus, und sagen, dass Mitglieder dieses Hauses Straftaten vertuschen *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Verzeihung, Vertuschung? Wann?)*, und das haben Sie in Ihrer Rede hier gesagt, dann machen Sie Anzeige oder entschuldigen Sie sich hier und ziehen Sie diese Verleumdung zurück! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ich stehe dafür, dass wir *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie verwechseln Offizialdelikte mit*

privaten!) in dieser... Na na, Moment, Moment. Nein, das hat nichts mit Offizialdelikt zu tun. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Oh ja!*) Wenn jemand Kenntnis hat von einer Straftat oder einem Mord (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Die politische Verantwortung! Entschuldigung!*) und er vertuscht das ... Sie haben hier gesagt, Mitglieder dieses Hauses vertuschen die von Ihnen angeführten Straftaten. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Das haben Sie hier gesagt und dafür ... (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Vertuschen habe ich nicht gesagt! Hören Sie zu!*) Gut, dafür verlange ich einen Ordnungsruf, Herr Präsident. Ich bitte, dass das im Protokoll nachgelesen wird und dann ein Ordnungsruf erteilt wird.

Präsident Johann **Herzog** (*unterbrechend*): Frau Kollegin, wozu wollen Sie einen Ordnungsruf?

Abg Barbara **Novak** (*fortsetzend*): Zu dem Vorwurf, dass Mitglieder dieses Hauses Straftaten vertuschen. Das hat der Herr Gudenus in seiner ersten Rede ausgeführt. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Zuschauen, habe ich gesagt, aber nicht konkret Straftaten! Schauen Sie, was drinnen steht!*) Na, schauen wir es uns an, schauen wir es uns an! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Die Verantwortung! - Weitere Aufregung bei der FPÖ.*)

So, die politische Verantwortung ist wahrgenommen worden, nämlich von jenen Politikern, die jetzt auch in der Verantwortung sind. Schon im Vorjahr, im März, als die ersten Opfer sich gemeldet haben, wurde eine Anlaufstelle für Gewaltopfer eingerichtet. Das war am 22. März. Kurz darauf hat auch der Bgm Dr Michael Häupl die Verantwortung übernommen und öffentlich auch um Verzeihung gebeten. Das, was Sie hier auch heute gefordert haben (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, kurz vor der Wahl!*), hat schon voriges Jahr stattgefunden, lässt sich auch alles nachlesen.

Infolgedessen hat es auch die Konstituierung des Weissen Ringes für diesen Bereich der Opferentschädigung gegeben. Wir haben heute schon gehört, sehr, sehr viele Opfer haben sich gemeldet, nehmen diese Einrichtung wahr, bekommen dort Unterstützung, bekommen dort auch eine Entschädigung zugesprochen, bekommen dort, und das halte ich für besonders wichtig, auch eine psychologische und psychotherapeutische Betreuung, eine ganz, ganz wichtige Unterstützung. Die Gespräche dort sind natürlich vertraulich, Frau Kollegin Koch, und das ist auch der Grund, warum zuerst die Opfer um Zustimmung ersucht werden und die Zustimmung erteilen müssen, damit ihre Daten, damit ihre Unterlagen an die Kommission weitergegeben werden können. Das passiert nicht automatisch und das finde ich auch gut so, dass es nicht automatisch passiert. Ich gehe davon aus, dass viele, viele ihre Zustimmung geben werden und damit genug Material da ist, um die Fragen, die uns alle beschäftigen, auch aufzuklären.

Ich möchte noch auf die Anträge eingehen. Es sind sehr umfassende Forderungen darunter, wobei ich dazu sagen muss, dass viele der Forderungen eigentlich schon erfüllt sind. Kollege Vettermann hat das auch schon versucht auszuführen. Gerade was die Frage der Aufsicht der sozialpädagogischen Einrichtungen betrifft, die jetzt ja sehr, sehr umfassend passieren, also die

Prävention dessen, dass so etwas in diesem Ausmaß nicht mehr passieren kann, dass, wenn so etwas wieder passiert, sofort wenn das auffällt, reagiert wird, dass es nachvollziehbar ist und dann auch die Konsequenzen gezogen werden, das ist auf Grund der jetzigen Aufsicht, die es gibt, auch gewährleistet. Es soll eine Ombudsstelle für Kinder in sozialpädagogischen Einrichtungen geben. Das ist ja auch schon öffentlich bekannt und wird umgesetzt. Es gibt eine umfassende Vernetzung durch unterschiedliche Plattformen aller beteiligten Einrichtungen, die am Kindeswohl mitarbeiten. Es gibt schon große Fortbildungsmaßnahmen innerhalb der MA 11. Es gibt Supervision, es gibt die Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die psychologische und psychotherapeutische Betreuung. Alles Forderungen also, die in der Realität eigentlich schon umgesetzt worden sind.

Ähnlich auch in der Frage der Ressourcen, der Personalressourcen, die zur Verfügung gestellt werden. Ja, es stimmt, es hat einen Bericht sowohl des Kontrollamtes als auch des Rechnungshofes gegeben, der festgestellt hat, dass es in einzelnen Bereichen einen Mangel gibt. Wir haben das ja auch sehr intensiv, ich kann mich an die Kontrollausschusssitzung erinnern, diskutiert. Wir haben in dem Bereich auch in der Untersuchungskommission einiges feststellen können. In Folge wurden etliche Posten in der MA 11 geschaffen und der Personalbedarf daraufhin an die Gegebenheiten angepasst. Insgesamt wurden 2009 im Bereich der Sozialpädagogik 40 neue Dienstposten geschaffen und 2011 folgten noch einmal 13 neue Dienstposten, auch auf Grund der Ausweitung des sozialpädagogischen Betreuungsangebotes. Und schon im Vorfeld wurden 26 Dienstposten im Bereich der Beratung und der Abklärung geschaffen. Also auch die Forderung nach mehr Ressourcen ist schon umgesetzt worden. Die Ressourcen in der MA 11 entsprechen jetzt jenem Bedarf, den es auch wirklich und real gibt, also auch eine Forderung, die ins Leere geht. Noch einmal: Aufklärung, umfassende Aufklärung, Transparenz im Vorgang. Auch ich erwarte mir und gehe davon aus, dass das zeitnah stattfindet, Aufklärung und Berichte über die Arbeit der Kommission. Ich unterstütze das und habe das aber auch immer so verstanden, dass das stattfindet.

Natürlich ist die Frage der politischen Konsequenz, wenn der Bericht der Kommission vorliegt, eine politisch zu beantwortende und eine, die wir hier im Haus, im Ausschuss und hier im Gemeinderat oder Landtag zu diskutieren und dann auch zu beschließen haben, sollte es Beschlüsse benötigen und nicht der Kommission zu verantworten. Die kann keine politischen Entscheidungen treffen, sondern soll auf einer sachlichen, faktischen Ebene die Fragen, die uns alle beschäftigen, beantworten und die dazugehörigen Informationen liefern. Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt seitens der Frau Abg Novak ein Antrag zur Erteilung eines Ordnungsrufes vor wegen der Formulierungen des Abg Gudenus. Ich darf vorlesen, die entsprechende Stelle lautet: „Ein Opfer, das für alle spricht und

es spricht wirklich Bände. Es klagen die Opfer die Täter und Vertuscher in den letzten Jahrzehnten im roten Wien an. Sie klagen heute die Vertuscher des rot-grünen Wien an, weil die Vertuscher sitzen heute hier in diesen Reihen, weil sie eine Aufklärung nicht zulassen wollen.“ Ich darf feststellen, dass der Vorwurf einer strafbaren Handlung nicht erfolgt ist und damit von meiner Seite auch kein Ordnungsruf erteilt wird, und möchte sagen, dass in der nachfolgenden Diskussion durchaus auch härtere Formulierungen verwendet wurden, wodurch es sich da, wie ich glaube, nicht notwendigerweise ergibt, dafür einen Ordnungsruf zu erteilen.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Abg Mag Kowarik. Ich erteile es.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Landesrat!

Ich glaube, bei dieser Diskussion sollte man sich auch immer die Dimension vor Augen führen, über was wir hier reden. Wir haben schon von mehreren Wortmeldungen gehört, es geht hier nicht um Einzelfälle, es geht hier nicht um Dutzende Fälle, es geht hier nicht um ein paar Fälle, es geht um hunderte Fälle. Wenn man sich den Beschlussantrag der MA 11 für morgen durchliest, dann wird davon gesprochen, dass bereits 310 Fälle abgeschlossen wurden und sich bis 11. November, jetzt haben wir schon Dezember, weitere 412 Personen gemeldet haben. Ich gehe davon aus, dass es noch weitere und mehrere Leute geben wird, die sich hier auch melden werden und die betroffen sind. Das am Beginn, dass man sich immer überlegt, um welche Dimension geht es hier.

Und wenn auch von Vorrednern gesagt wurde, es wird von den Freiheitlichen eine Instrumentalisierung der Opfer herbeigeführt, so widerspreche ich dem vehement, meine Damen und Herren, und ich sage Ihnen auch, warum. Diese Opfer sind zu uns gekommen, die haben sich im Stich gelassen gefühlt, die sind zu uns gekommen. Der Herr Kollege Gudenus könnte Ihnen wahrscheinlich stundenlang darüber erzählen, sie sind zu uns gekommen und es war ihnen ein Anliegen, ein großes Anliegen, dass wir das sehr wohl in der Art und Weise, wie wir es jetzt auch gemacht haben, thematisieren und vorbringen, weil sie eben das Gefühl haben, dass das Ganze unter den Tisch gekehrt wird und das ist ein Skandal! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und auch weil hier gesagt wurde, es ist unerhört, was da für Vorwürfe gemacht werden - meine Damen und Herren, wir haben uns das nicht einfallen lassen! Ich weiß nicht, was Sie sich vorstellen? Dass wir uns da solche Sachen einfallen lassen, was da der eine oder der andere gemacht hat? Meine Damen und Herren, das sind Tatsachenberichte von Opfern und denen glaube ich mehr als so manchem anderen!

Es wurde auch immer gesagt, was schon alles passiert ist, was schon alles gemacht wurde und es wird immer versucht, hier darzulegen, dass eigentlich eh schon alles im Laufen ist. Meine Damen und Herren, ich darf Sie noch einmal daran erinnern: Diese Vorwürfe sind seit 1975 zumindest dem einen oder anderen poli-

tisch Verantwortlichen und auch Beamten bekannt. Wir haben schon von diesem Karlsson-Gutachten gehört, ich glaube, es wurde 1975 veröffentlicht. Und jetzt stellen Sie sich her und sagen, es ist schon alles passiert und es passiert eh so viel. Ja, was ist denn bis jetzt passiert, meine Damen und Herren? Und wenn wir da schon mehrere selbsternannte juristische Fachdamen und -personen hier stehen gehabt haben, so lese ich Ihnen einen Paragraphen vor und der ist in diesem Zusammenhang ganz entscheidend. Es ist der § 78 Abs 1 der Strafprozessordnung. Der Paragraph wurde mit der Novelle geändert, die mit 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Den Paragraphen hat es aber auch schon mit der StPO 75 gegeben. Und der lautet: „Wird einer Behörde oder einer öffentlichen Dienststelle der Verdacht einer Straftat bekannt, die ihren gesetzlichen Wirkungsbereich betrifft, so ist sie zur Anzeige verpflichtet.“ So ist sie zur Anzeige verpflichtet! Hier geht es um Behörden und öffentliche Dienststellen! Sie werden vielleicht wissen, Abgeordnete sind keine Behörden und auch keine öffentlichen Dienststellen. Sehr wohl ist der Magistrat eine Behörde und eine öffentliche Dienststelle. Allein schon die Überprüfung der Tatsache, ob damals hier tatsächlich Anzeige erstattet wurde - wir wissen, diese Zustände waren bekannt -, ob hier tatsächlich Anzeige entsprechend gelegt wurde und entsprechend der gesetzlichen Vorgabe gehandelt wurde, allein das würde schon eine Untersuchungskommission dieses Hauses bedingen und verlangen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist uns Freiheitlichen wichtig, dass die politische Dimension dieses Skandals untersucht, aufgearbeitet und aufgedeckt wird und dazu sind alle Möglichkeiten, die uns die Stadtverfassung und unsere Normen dazu bieten, auszuschöpfen.

Es wird immer auch von der Historikerkommission gesprochen. Im Antrag zur Einsetzung der Helige-Kommission im Stadtsenat der Wiener Landesregierung wurde dazu geschrieben: „Im Zuge der historischen Aufarbeitung der Heimerziehung wurden gravierende Vorwürfe erhoben.“ Meine Damen und Herren, Tatsache ist, in Wirklichkeit ist das Ganze durch mutige Opfer, sag ich einmal, ins Rollen gebracht worden, die sich in die Öffentlichkeit gestellt haben, die sich teilweise mit Anwalt, teilweise ohne an die Medien gewandt haben, und da wurde das Ganze aufgedeckt. Durch das ist das Ganze ins Rollen gekommen! Das sollte man hier auch einmal feststellen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir haben heute schon gehört, warum wir Freiheitliche die Helige-Kommission nicht als das richtige Instrument auffassen. Ich habe es Ihnen schon in der Budgetrede gesagt: Die Landesregierung hat mit ihrem Beschluss dieser Kommission mehr oder weniger keinerlei Vorgaben gegeben, keinerlei, weder administrative noch inhaltliche Vorgaben. Es ist noch nicht einmal, so haben wir im letzten Ausschuss gehört, ein rechtliches Konstrukt vorhanden, ein rechtliches Konstrukt, das diese Kommission in finanzieller, rechtlicher und sonstiger administrativer Art und Weise abwickelt. Noch nicht einmal das haben wir! Vielleicht haben wir es inzwischen? Wir wurden noch nicht informiert. Also ich per-

sönlich als Mitglied dieses Ausschusses wurde auch noch nicht informiert. Und Sie reden davon, was schon alles gemacht wurde! Wir haben noch nicht einmal einen Verein oder irgendwas auf die Beine gestellt, der das zu administrieren hat.

Das einzige Konkrete, was wir durch die Medien von dieser Kommission erfahren haben, sind die Persönlichkeiten, die dort mitarbeiten. Dazu wurde schon einiges gesagt. Aber auch das ist bezeichnend, meine Damen und Herren, dass das zuerst die Medien erfahren und dann die politisch Verantwortlichen! Wenn das die offensive politische Aufarbeitung dieser Sache ist, damit kann ich nichts anfangen.

Was wir auch kritisieren, und das wurde auch schon hier gesagt, ist, diese Kommission soll ein einziges Kinderheim untersuchen, Schloss Wilhelminenberg. Wir wissen alle, so wie wir da sitzen, diese Missstände waren nicht nur dort täglich an der Tagesordnung. Hier fehlt mir, dass auch andere Sachen untersucht werden. Im Antrag der Wiener Landesregierung wird ausdrücklich nur vom Schloss Wilhelminenberg gesprochen. Also erzählen Sie mir nicht, dass da so viel und großartig alles aufgearbeitet wird.

Wir haben vor gehabt, einen Beschlussantrag einzubringen, der ein paar Fragen, es sind nicht viele, aber doch ein paar, hier zur Unterstützung der Kommission beiträgt. Ich nehme wohlwollend zur Kenntnis, dass die anderen Fraktionen mit diesem Beschluss- und Resolutionsantrag nicht nur einverstanden sind, sondern auch als Antragssteller mitaufreten. Ich darf die Frau Kollegin Novak vielleicht nur ganz kurz zu mir bitten, dass sie auch unterschreibt, weil ich ihn dann auch einbringen muss und als alter Formalist möchte ich alle Formalismen vorher erfüllt haben, damit ich das dann auch wirklich einbringen kann. Es ist ein erster Schritt dazu ... (*Abg Barbara Novak kommt zum Rednerpult.*) Bitte! Es ist ein erster Schritt dazu, dieser Kommission tatsächlich auch einen konkreten Arbeitsauftrag zu geben. Und wir werden das ganz konkret verfolgen und werden uns dann auch ganz konkret zu unterhalten haben, ob diese Kommission die politischen Verantwortungsbereiche und Verantwortlichkeiten aufgedeckt hat und ob sie dazu überhaupt in der Lage ist. Wir haben ja auch schon gehört und wir haben es auch von der ÖVP-Seite gehört: Die Kommissionsvorsitzende hat sich schon selbst eingeschränkt, was sie alles nicht machen werde. Also für mich unverständlich.

Meine Damen und Herren, und auch das haben wir schon gesagt, natürlich muss eine Untersuchungskommission oder ein Untersuchungsausschuss hier das Mittel sein, die politischen Verantwortlichkeiten ans Tageslicht zu bringen. Und ich frage Sie wirklich: Was muss noch passieren, dass die politisch Verantwortlichen, die wir hier sitzen und die wir vom Wähler dazu berufen wurden und wofür wir auch Geld kassieren, was muss noch passieren, dass wir unsere Aufgabe wahrnehmen und hier das schärfste Mittel, das uns die Stadtverfassung in die Hand gibt, nämlich eine Untersuchungskommission, dass wir dem gerecht werden und diese einsetzen? Was muss noch passieren? Wir haben schon ge-

hört, die Zustände sind schauderhaft, erschreckend, kaum vorstellbar, also mir unverständlich, dass wir uns da nicht darauf einigen können, dass hier das schärfste Mittel angewandt wird.

Und, meine Damen und Herren im Speziellen von der ÖVP, Ihre Sicht der Dinge zur Untersuchungskommission ist vollkommen unverständlich. Ich habe Ihnen beim letzten Mal schon gesagt und zitiere aus der Stadtverfassung, das werden Sie inzwischen selber wissen und Ihr Klubdirektor wird es Ihnen auch bestätigen können: Es ist sehr wohl möglich, dass wir eine Untersuchungskommission einsetzen, natürlich ist es möglich, ein Bezug ist herzustellen. Es ist nicht meine Aufgabe, Herr Kollege, Herr Stadtrat, Ihre Parteiarbeit zu machen. Sie haben jetzt sicher viele Aufgaben. Aber, wie gesagt, das interessiert mich nicht. Aber Sie werden sich schon auch vor Ihren Wählern rechtfertigen müssen, ob Sie hier mit den Regierungsfractionen mitgehen oder ob Sie sinnvolle und offensive Oppositionspolitik machen werden. Uns kann es recht sein, einerseits, wir werden weiter in Ihrem Wählerreservoir fischen und viele enttäuschte Wähler von Ihnen zu uns holen, nicht nur Abgeordnete, sondern auch Wähler. Aber trotzdem ist es eigentlich traurig, dass wir auf Grund von zwei Unterschriften, die wir jetzt doch nicht bekommen, diese Untersuchungskommission nicht einsetzen können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss darf ich eben diesen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen und könnte mir durchaus vorstellen, dass wir noch weitere Fragestellungen bekommen und noch weitere entsprechende Beschluss- und Resolutionsanträge einbringen werden. Danke schön.

Präsident Johann **Herzog**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Abg Ellensohn. Ich erteile es.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Präsident! Sehr geehrte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen!

Ich mach es kurz heute. Es ist nicht notwendig, jetzt noch einmal alles von vorn aufzurollen. Diese Kommission hat sehr viel Arbeit vor sich, sehr viele Fragen zu beantworten. Und das hat StR Oxonitsch auch immer gesagt, alle Parteien sind eingeladen, Fragen einzubringen. Ob man das jetzt über einen Antrag macht oder direkt an die Kommission, ist eine Stilfrage und nichts anderes. Aber selbstverständlich werden alle Fragen, die in dem Zusammenhang auftauchen, so gut wie möglich beantwortet. Davon geh ich aus und habe auch Vertrauen, dass die Kommission ihre Arbeit entsprechend leisten wird.

Wir haben jetzt einen Allparteiantrag, der um zwei Fragen etwas erweitert wurde. auf die ich ganz kurz eingehen möchte. So wichtig es ist, sich um die 70er Jahre zu kümmern und diese aufzuarbeiten, geht es natürlich auch darum, Handlungsanleitungen für heute und für morgen zu finden und den Umgang mit Kinderpornographie heute. Deswegen gibt es bei der Frage 48 die Bitte an die Kommission, Empfehlungen aus den Erkenntnissen auszusprechen, wenn das möglich ist, die die politisch Verantwortlichen, also wir hier alle, berücksichtigen können. Und als letzte Frage: Gibt es Empfeh-

lungen, die sich auf andere Institutionen der Gesellschaft beziehen, zum Beispiel politische Parteien, wenn einschlägige Vorwürfe bekannt werden? Aus der Vergangenheit lernen ist das eine und für die Zukunft zu sorgen, dass Vorfälle nicht mehr vorkommen, ich kann es Ihnen nicht ersparen, nachdem das ja schon ein hart geführtes Duell mit Schuldigen von gestern ist. Ich möchte Texte wie diesen „Kinderpornographieskandal in der FPÖ“ nicht im Zusammenhang mit anderen Parteien lesen, aber auch nicht im Zusammenhang mit der Freiheitlichen Partei, und würde mich freuen, wenn aus diesen Fragen 48 und 49 auch Erkenntnisse herauskommen, wie wir damit umgehen, dass zum Beispiel bei der FPÖ in Linz auf einem Parteicomputer sehr viele kinderpornographische Bilder auftauchten. Es ist wichtig aufzuklären, was in den 70er Jahren passiert ist. Es ist noch wichtiger dazuzulernen, damit sich diese Dinge nicht wiederholen.

Es ist heute von Senol Akkiliç und Birgit Hebein auch darauf eingegangen worden und auch von anderen, dass heute schnell einmal über eine g'sunde Tachtel geredet wird und dass kritisiert wird, was ErzieherInnen aus den 70ern berichten, wie sie das selber gehandhabt haben. Aber auch heute reden Politiker hier von Boot Camp, Straflager, et cetera, oder ein Vorsitzender einer Partei davon, dass man Kindern, Jugendlichen, jetzt such' ich geschwind das Zitat: „Den Burschen gehört an den Ohren gezogen oder eine ordentliche Tachtel gegeben“, Sprache aus dem Jahr 2010, also nicht ewig lang her, vom Bundesparteiobermann der Freiheitlichen Partei. Solche Zitate könnten wir jetzt seitenweise vorlesen.

Sie treffen etwas öfter das Milieu, das Umfeld, oder die direkten politischen Kontakte der Freiheitlichen.

Im Zusammenhang mit der Kommission wurde am Anfang gefragt, in welchem Umfeld bewegt sich eigentlich die Kommissionsvorsitzende Helige? Wenn ich mir die einzelnen Vorfälle anschau, die in der Gegenwart, und ich kenne nur diese Vorfälle, wo immer hinter Kinderpornographie, wenn eine Partei auftaucht, ausschließlich die FPÖ auftaucht, befürchte ich, dass sich das in der Gesellschaft nicht an einer Parteigrenze festmachen lässt. Das wäre schön, weil wir dann wissen würden, wo man suchen muss und ich befürchte, dass es so einfach nicht ist. Aber wenn ich diese vielen Aussagen höre, wie scharf man mit Jugendlichen heute umgehen soll und wie man sich die Erziehungsmaßnahmen vorstellt, in erster Linie heißt das, die jungen Leute zwei Mal durchbrechen, dann würde ich tatsächlich bitten und wir haben das auch in dem Sonderausschuss besprochen, dass man vorsichtig ist und nicht sagt, die Tachtel ist gar nichts, weil es irgendwo anfängt. Gewalt gegen Kinder fängt irgendwo an und das ist zuerst das und es kommt von einem zum anderen. Der Auswuchs beginnt nicht am Ende, sondern der fängt irgendwo an und das wird dann größer. Also wer immer noch glaubt,

wie das bei den britischen Konservativen leider üblich ist, dass man mit Prügelstrafe, et cetera, in der Schule tatsächlich noch weiterkommt, das glaube ich nicht. Und das sollte auch eine Erkenntnis aus der ganzen Aufarbeitung sein, die wir hier mitnehmen, auf dass alle Parteien, auch die FPÖ, in Zukunft von solchen Schlagzeilen verschont bleiben. Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann Herzog: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Der Antrag Nummer 1 ist ein Beschlussantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Mag Johann Gudenus und Dominik Nepp betreffend die Einrichtung einer Gewalttransparenzdatenbank sowie eine Reform des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes. Er wurde bereits bekannt gegeben und auch den Fraktionen zugestellt. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit den Stimmen der ÖVP, mit Stimmen der FPÖ und des Parteiunabhängigen und entgegen den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN nicht angenommen. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag Nummer 2 ist ein Beschlussantrag, ebenfalls der Abgen Mag Gudenus und Dominik Nepp, nochmals um die Reform des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes mit anderen Inhalten. Auch er wurde bekannt gegeben. Ich darf in die Abstimmung gehen und darf fragen, jene Mitglieder des Landtages, die diesem Antrag zustimmen wollen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben. - Auch hier ist keine Zustimmung von SPÖ und GRÜNEN gegenüber ÖVP, FPÖ und dem Parteiunabhängigen gegeben. Somit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag Nummer 3 ist ein gemeinsamer Antrag des Hauses, der Landtagsabgeordneten Heinz Vettermann, Barbara Novak, Senol Akkiliç, Birgit Hebein, Mag Ines Anger-Koch, Dr Wolfgang Ulm, Dominik Nepp, Mag Dietbert Kowarik betreffend Prüfauftrag für die Kommission zur Aufarbeitung der Misshandlungen im Kinderheim Schloss Wilhelminenberg. Auch hier wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung des Antrags gefordert. Ich komme daher auch hier zur Abstimmung und bitte jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde, Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Nachdem heute die letzte Landtagssitzung ist und wir uns morgen alle sehen, darf ich auch namens des Landtages und des Präsidiums schöne Feiertage und ein schönes Neues Jahr wünschen und darf die Sitzung für geschlossen erklären.

(Schluss der Sitzung 11.34 Uhr.)